

Vorsitz Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

(ore 10.29)

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten. Ich bitte um den Namensaufruf.

DIVINA: *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Dalbosco, Denicolò, De Stefani, Fedel, Gasperotti und Tosadori. Ich bitte um Verlesung des Protokolls.

DIVINA: *(Sekretär):(verliest das Protokoll)*
(Segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Sind Einwände zum Protokoll? Ich sehe keine, dann gilt das Protokoll als genehmigt. Ich verlese jetzt die Mitteilungen:

Mit Schreiben vom 8. August 1998 hat der Regierungskommissär den Gesetzentwurf Nr. 98: „Allgemeine Rechnungslegung der Region Trentino-Südtirol für die Finanzgebarung 1996“ mit dem Sichtvermerk versehen zurückgesandt.

Am 18. August 1998 hat der Regionalausschuß den Gesetzentwurf Nr. 114: „Übergangsbestimmungen betreffend die Bestimmung der Verantwortlichen für die Dienste in den Gemeinden der Region Trentino-Südtirol“ eingebracht.

Mit Schreiben vom 26. August 1998 hat der Regierungskommissär den Gesetzentwurf Nr. 109: „Nachtragshaushalt der autonomen Region Trentino-Südtirol für das Haushaltsjahr 1998 (erste Maßnahme)“ mit dem Sichtvermerk versehen zurückgesandt.

Es sind folgende Anfragen eingebracht worden:

die Anfrage Nr. 444, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten De Stefani, betreffend die Brennerautobahn mit dem Titel: A22, warum hören die Unannehmlichkeiten niemals auf?;

die Anfrage Nr. 445, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Pinter, betreffend die Verringerung der vom Verkehr auf der Autobahn verursachten Lärmbelästigung im Gebiet von Rovereto;

die Anfrage Nr. 446, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Ianieri, betreffend die Mure, die am 14. August 98 in der Nähe von Franzensfeste auf die A22 niederging und den Tod von fünf Menschen verursachte;
die Anfrage Nr. 447, eingebracht von der Regionalratsabgeordneten Klotz, betreffend eine vom Vizepräsidenten des Regionalausschusses verschickte Broschüre über den Zusatzrentenfonds der Region;
die Anfrage Nr. 448, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Leitner und Tarfusser, betreffend den Ankauf des Gebäudes der ehemaligen San Paolo Bank durch die Region und dessen Verwendung als Sitz für die Grundbuch- und Katasterämter;
die Anfrage Nr. 449, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bondi, betreffend eine öffentliche Initiative des Regionalassessors Francesco Romano;
die Anfrage Nr. 450, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bolzonello, betreffend die Errichtung von Lärmschutzwänden entlang des Viaduktes der Brennerautobahn im Steckenabschnitt bei Bozen.

Es sind folgende Anfragen beantwortet worden:

die Anfrage Nr. 410, von der Regionalratsabgeordneten Chiodi am 6. April 1998 eingebracht, betreffend die Antwort auf die Anfrage Nr. 385;
die Anfrage Nr. 415, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Palermo, betreffend ein am 21. April 1998 in Innichen abgehaltenes Konzert, für welches die Region die Schutzherrschaft übernommen hat;
die Anfrage Nr. 421, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Levegghi, betreffend die Versetzung von Regionalbediensteten und die Umbesetzung der Stellen innerhalb desselben Amtssitzes;
die Anfrage Nr. 424, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bolzonello, betreffend die Namen und den Funktionsrang der Bediensteten der Region Trentino-Südtirol, die öffentliche Ämter oder Funktionen inne haben;
die Anfrage Nr. 436, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Taverna, betreffend das bei der Umstellung des Katasters auf computergestützte Datenverarbeitung im Katasteramt von Fondo verwendete Kriterium der Klassifizierung;
die Anfrage Nr. 438, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Minniti, betreffend die Abwesenheiten der Abgeordneten;
die Anfrage Nr. 439, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Palermo, betreffend die Besteuerung der Sonderergänzungszulage.

Der Text der Anfragen Nr. 410, 415, 421, 424, 436, 438 und 439 und die jeweiligen schriftlichen Antworten bilden integrierenden Bestandteil des stenographischen Berichtes über diese Sitzung.

Ich muß einen Moment um Aufmerksamkeit bitten. Zunächst möchte ich in Bezug auf den Sitzungskalender mitteilen, was die Fraktionsführer mit mir beschlossen bzw. vereinbart haben, und zwar werden noch folgende Sitzungstage abgehalten: Diese Woche wie geplant bis zum Donnerstag, die ersten Oktobertage wie geplant, das sind

Donnerstag und Freitag, dann am 13. und 14. Oktober, das sind Dienstag und Mittwoch und dann Schluß. Es heißt mit anderen Worten, daß die letzten zwei Tage, der 15. und 16. Oktober, gestrichen werden, um den Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, sich auf die bevorstehende Wahlkampagne vorzubereiten. Das ist nicht ein Vorschlag, das ist beschlossen, d.h. also, daß die Sitzungen am 14. Oktober enden.

2. Punkt. Ich habe mit einigen Schwierigkeiten die vorliegende Tagesordnung zusammenstellen müssen, weil vorher immer diese Sondereinberufungen auf der Grundlage des Autonomiestatuts stattgefunden haben, wie Sie wissen, aber angesichts der wenigen bevorstehenden Tage, die wir noch im Regionalrat zur Verfügung haben, habe ich mich verpflichtet gefühlt, alle Punkte in eine Ordnung zu bringen, die den institutionellen Notwendigkeiten und auch der Dringlichkeit Rechnung trägt, und ich habe auch die von den einzelnen Fraktionen vorgebrachten Forderungen berücksichtigen müssen. Natürlich ist das keine leichte Aufgabe gewesen und Sie wissen was wir vorhaben. Wir haben auf Punkt 1 der Tagesordnung die Gemeindeordnung, die von Rom rückverwiesen worden ist. Warum als Punkt 1? Weil die Sitzung für die Gemeindeordnung als Sonderpunkt mit Autonomiestatut einberufen worden war und die Gemeindeordnung jetzt rückverwiesen worden ist. Damit soll sie auch aufgrund der Dringlichkeit der Materie und der Wichtigkeit wieder aufgegriffen und verabschiedet werden.

Wir haben auf Punkt 2 der Tagesordnung den Haushalt des Regionalrates. Das muß ich machen, sonst könnte der Regionalrat am 1. Jänner nicht mehr funktionsfähig sein und dieses Erbe möchte ich nicht gerade zurücklassen.

Dann kommen die sogenannten Dringlichkeitseinberufungen von vor dem Sommer, und zwar in der Reihenfolge wie vom Regionalrat abgestimmt worden war: das Wahlgesetz mit Beschränkungen für die Wahlwerbung, die Delegierungen und der Mißtrauensantrag. Als nächstes - und damit habe ich auch schon das Paket aufgezeigt, das wir erledigen sollten - das Informatikgesetz, wobei Assessor Berger mitgeteilt hat, daß wir das Gesetz Nr. 105 behandeln und die anderen beiden Gesetze als darin absorbiert betrachten sollten, die Gesetze Nr. 70 und Nr. 47 könnte man also von der Tagesordnung streichen..

Das wäre das Programm. Es sind dann heute vormittag noch Wünsche über zusätzliche Vorverlegungen vorgebracht worden und da habe ich die Abgeordneten auf die nächste Sitzungsrunde vertrösten müssen, weil sie nicht termingerecht die entsprechenden Anträge eingebracht haben; vielleicht gelingt es, ich würde mich darüber freuen, wenn es nicht gelingt, kann ich auch nichts machen. Jedenfalls müssen dazu die Fraktionssprecher bis zum 29. eventuelle Antrag zur Vorverlegung entweder neu vorlegen oder eben auf ihre Anträge verzichten.

Heute liegt uns ein einziger Antrag auf Vorverlegung vor, und zwar vom Abgeordneten Atz. Ich verlese das Schreiben:

„Der unterfertigte Fraktionssprecher der SVP ersucht Sie dringend, die Tagesordnungspunkte Delegierungen, Gemeindeordnung und Informatikgesetz auf der Tagesordnung des Regionalrates vorzuziehen.“

Bevor ich den Abgeordneten Atz das Wort gebe, möchte ich sagen, daß ich mich als Präsident dagegen ausspreche, diese Punkte als Punkt 1 oder 2 der Tagesordnung vorzuverlegen, also sie vor Punkt 3 und folgende einzufügen, weil wie begründet vor allem der Haushalt eine institutionelle Pflicht ist und damit nicht nachverlegt werden kann. Mehr möchte ich jetzt dazu nicht sagen. Der Abgeordnete Atz hat das Wort zur Begründung, wenn er will. Antrag auf Geheimabstimmung? Wer schließt sich dem Antrag an? Danke, das sind genügend.

Abgeordneter Atz, bitte.

(interruzione)

PRÄSIDENT: Zur Erläuterung? Braucht es nicht. Also, ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit. Einen Moment bitte, wir müssen uns nur über die Prozedur einigen. Abgeordneter Atz ich bitte und fordere Sie formal auf, diesen Vorschlag zur Vorverlegung zu beantragen. Es heißt laut Tagesordnung: Gemeindeordnung und Regionalratshaushalt; dann erst könnten als Punkt 3 und 4 die Delegierungen und das Informatikgesetz eingefügt werden. Wenn Sie einverstanden sind, dann können wir über den Kompromißvorschlag abstimmen und wenn nicht, dann formuliere ich einen eigenen Antrag in diesem Sinne.

Ich betone noch einmal, daß ich die Pflicht habe, die institutionellen Punkte vorher zu behandeln, deshalb schlage ich vor, den Antrag Atz zu den Delegierungen und das Informatikgesetz als Punkt 3 und folgende einzufügen und die Tagesordnung 1 und 2 zu bestätigen, das wäre mein Kompromißvorschlag. Wenn nicht, dann stimmen wir über den Antrag Atz ab, ich äußere mich allerdings dagegen und bringe dann den anderen Vorschlag vor.

(interruzione)

PRÄSIDENT: Dann stimmen wir jetzt geheim ab, die Punkte der Tagesordnung so zu ändern, daß als Punkt 1, 2 und 3 Delegierungen, Gemeindeordnung und Informatikgesetz behandelt werden. Ich bitte als Präsident dagegen zu stimmen. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:53

Ja-Stimmen:22

Nein-Stimmen:28

weiße Stimmzettel: 3

Damit ist der Antrag abgelehnt. Wir kommen jetzt zur Gemeindeordnung und zwar in vereinheitlichter Debatte:

Gesetzentwurf Nr. 86: Änderungen zum Regionalgesetz vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 „Neue Gemeindeordnung der Region Trentino-Südtirol“ (von der Regierung rückverwiesen);

Gesetzentwurf Nr. 114: Übergangsbestimmungen betreffend die Bestimmung der Verantwortlichen für die Dienste in den Gemeinden der Region Trentino-Südtirol (eingebracht vom Regionalausschuß)

Ich verlese jetzt das Rückverweisungsschreiben der Regierung:

Mit Bezug auf das obengenannte Schreiben betreffend den im Betreff angeführten Gesetzentwurf der Region teile ich Ihnen mit, daß die Regierung in der Sitzung des Ministerrates vom 6. August 1998 gegen die nachstehenden Bestimmungen folgende Einwände erhoben hat:

1. Die im Artikel 17 Absatz 6 enthaltene Bestimmung, welche vorsieht, daß der Bürgermeister für die Dienste, die in der Gemeindeverordnung enthalten sind, oder auch für einen Teil dieser Dienste, selbst die Verantwortung übernehmen kann, und zwar zusammen mit der Befugnis, Gebarungsmaßnahmen betreffend die Finanzen und die Buchhaltung zu erlassen oder daß er die Dienste einzelnen Mitglieder des Gemeindevorstandes übertragen kann, widerspricht den Grundsätzen der Wirtschafts- und Sozialreform gemäß Artikel 2 Buchstabe g) des Staatsgesetzes vom 23. Oktober 1992, Nr. 421, welche die Trennung zwischen den Aufgaben der politischen und der administrativen Leitung vorsehen;
2. Artikel 18 Absatz 57 Buchstabe e), der den Bediensteten der Gemeindeverwaltung die Möglichkeit einräumt, einer Erwerbstätigkeit außerhalb der Dienstzeit nachzugehen, sofern dadurch nur Einkünfte erzielt werden, die nicht höher als 30 Prozent des bezogenen Gehalts sind, überschreitet die Zuständigkeit des regionalen Gesetzgebers;
3. Artikel 20 Absatz 2, der vorsieht, daß in den Gemeinden mit mehr als 3.000 Einwohnern derjenige des Amtes des Bürgermeisters verlustig geht, der bei Unterzeichnung der Annahme der Kandidatur für die Wahl des Regionalrates nicht seinen Rücktritt vom Amt des Bürgermeisters eingereicht hat, stellt einen „Nichtkandidierbarkeitsgrund“ zum Amt eines Regionalratsabgeordneten dar, wobei außerdem die Grenze von 3.000 Einwohnern eingeführt wird. Diese Bestimmung wirkt sich direkt auf das Recht der Beteiligung am öffentlichen Leben aus, wobei das passive Wahlgesetz eingegrenzt wird, das vom Verfassungsgerichtshof als ein vom Art. 2 der Verfassung vorgesehenes unverletzliches Recht angesehen wird. Der Verfassungsgerichtshof hatte bereits darauf hingewiesen, daß „die Einschränkungen eines unverletzlichen Rechtes nur in den Grenzen möglich sind, die unerlässlich sind, um andere, von der Verfassung vorgesehene Interessen zu schützen, und zwar auf der Grundlage der Regel der Notwendigkeit und der angemessenen Verhältnismäßigkeit der Beschränkung.“ (siehe Urteil 141/1996) Aufgrund der dargelegten Gründe hat die Regierung die Gesetzesvorlage zur neuerlichen Beratung an den Regionalrat rückverwiesen.

Ich möchte folgendes mitteilen: Die Gesetzgebungskommission hat bei der Neuvorlage des Entwurfes zwei Einwänden der Regierung Rechnung getragen. Einen dritten hat sie inhaltlich zwar umformuliert, aber in einen separaten Gesetzentwurf gekleidet und diesen auch vorgelegt, den wir ebenfalls jetzt zusammen behandeln. Deswegen würde ich jetzt bitten, daß der Ausschuß die entsprechenden Berichte verliest. Ich bitte den Präsidenten Grandi den Bericht zum Gesetzentwurf Nr. 114 zu verlesen. Grazie.

GRANDI: Signor Presidente, signori consiglieri, il presente disegno di legge, che riguarda l'individuazione dei responsabili dei servizi nei comuni della Regione Trentino-Alto Adige, nasce dall'esigenza di dare una fattiva risposta ai comuni in attesa della riforma della figura del segretario comunale nella nostra Regione.

Le innovazioni introdotte dalle leggi regionali n. 1 del 1993 e n. 3 del 1994 sono state profonde e radicali. I consigli comunali hanno perduto le funzioni gestionali di organi di competenza generale che detenevano in precedenza, mentre hanno visto consolidata la loro diversa funzione di organi preposti alla determinazione dell'indirizzo politico generale. I sindaci invece, con la legittimazione conferita loro dall'elezione diretta, hanno acquisito la responsabilità generale dell'amministrazione dell'ente.

Il nuovo ruolo assunto dai sindaci impone, come noto, la revisione della figura del segretario comunale, che deve farsi interprete e garante dell'indirizzo politico espresso dal sindaco. Tale finalità può essere perseguita mediante la nomina diretta del segretario da parte del sindaco, così come già previsto nel resto d'Italia dalla legge n. 127 del 1997. In attesa di recepire anche nell'ordinamento regionale i principi della riforma della figura del segretario comunale, recepimento che necessita di approfondimenti e verifiche del tutto particolari, considerata la specificità del nostro ordinamento, si ritiene di dover prevedere una disposizione transitoria che consenta di non concentrare, soprattutto nei comuni di minori dimensioni, la responsabilità dei servizi nel solo segretario comunale.

La disposizione transitoria prevede pertanto che il sindaco, nei soli comuni privi di direttore generale, possa riservare a se o affidare a singoli componenti dell'organo esecutivo medesimo, la responsabilità dei servizi individuati dal regolamento di organizzazione degli uffici e dei servizi.

PRÄSIDENT: Danke. Der Abgeordnete Atz hat sich zum Fortgang der Arbeiten gemeldet und er hat das Wort. Bitte.

ATZ: Herr Präsident, ich weiß nicht wie ich mich in Zukunft zu verhalten habe. Ich habe den Anmeldungsknopf schon vorher gedrückt gehabt.

Jetzt aber zu meinem Thema: Ich bitte Sie die Sitzung 10 Minuten zu unterbrechen, um uns die Gelegenheit zu geben, eine Fraktionssitzung abzuhalten. Danke.

PRÄSIDENT: Den Anträgen auf Unterbrechung seitens der Fraktionssprecher wurde immer stattgegeben und das wird auch jetzt so gemacht. 10 Minuten hat der

Abgeordnete Atz gesagt? Ich würde sagen, daß bis halb zwölf die Sitzung unterbrochen ist. Er hat Fraktionssitzung verlangt und diese kann in der Zwischenzeit stattfinden.

(ore 11.12)

(ore 11.45)

PRÄSIDENT: Wir fahren jetzt mit den Arbeiten fort und ich würde bitten, daß wir inzwischen den Minderheitenbericht verlesen. Abgeordneter Benedikter, bitte.

BENEDIKTER:

MINDERHEITENBERICHT

zum Gesetzentwurf Nr. 86, Änderungen zum Regionalgesetz vom 4. Januar 1993, Nr. 1
„Neue Gemeindeordnung der Region Trentino-Südtirol“

Art. 18 des Gesetzentwurfes enthält im 14. Absatz die Voraussetzungen für die Aufnahme in den Dienst bei den Gemeinden, darunter als erste im Buchstaben a) die italienische Staatsbürgerschaft, jedoch mit dem Zusatz, es brauche sie nicht für die Angehörigen der Europäischen Union. Damit wird der sich von den Artikeln 61 und 89 gemäß eindeutigen Urteilen des Verfassungsgerichtshofes vorgeschriebene Proporz nicht nur hinsichtlich Gemeinden, sondern grundsätzlich gegenüber allen örtlichen Körperschaften (Region, Provinz Bozen, Bezirksgemeinschaften, Fürsorgekörperschaften, Handelskammer, öffentliche Banken) mit rund 24.000 Stellen in Frage gestellt.

Man erwidere nicht, der Proporz gelte ja weiter für die Staatsbürger, während die Nicht-Staatsbürger nicht zählen. Erstens vermindern die Nicht-Staatsbürger die für den Proporz verfügbaren Stellen, zweitens geht es zum Unterschied vom Art. 15 des Autonomiestatuts um die wesentlichste Minderheitenschutzbestimmung, die aufgrund des Paketes in das seit 1972 geltende Autonomiestatut aufgenommen worden ist. Während für die Wohnversorgung der bedürftigen EU-Bürger ein internationales Abkommen geltend gemacht werden kann (wobei die politische Auseinandersetzung entstanden ist, ob nur der Sprachgruppe des Staatsvolkes oder auch den Minderheitssprachgruppen die nicht Nicht-Staatsbürger zugutekommenden Wohnungen ausgelastet werden), geht es hier, wie gesagt, um die wesentlichste Minderheitenschutzbestimmung des Autonomiestatuts, die darüber hinaus durch die einstimmig von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 18. Dezember 1992 beschlossene Deklaration völkerrechtlich gedeckt wird: Die Staaten sollen die Existenz und die nationale und sprachliche Identität der Minderheiten innerhalb ihres Siedlungsgebietes schützen. Aufgrund dieser Deklaration ist der Proporz im Sinne des Art. 38 des Statuts des Internationalen Gerichtshofes als von den zivilisierten Staaten allgemein anerkannter Rechtsgrundsatz sowohl für die EU als auch gemäß Art. 10 der italienischen Verfassung für die italienische Rechtsordnung bindend, hat doch der italienische Verfassungsgerichtshof im Urteil 15 vom 22. Januar 1996

festgestellt, daß die italienische Verfassung an der derzeitigen übernationalen Bewegung zugunsten des Zusammenlebens von Menschengruppen verschiedener Identität innerhalb derselben staatlichen Organisation teilnimmt.

Der italienische Verfassungsgerichtshof hat unabhängig davon den Proporz als durch das grundlegende Prinzip des Minderheitenschutzes im Art. 6 der Verfassung gewährleistet angesehen und auch festgestellt, daß weder der Art. 189 des EG-Vertrages (Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen sind verbindlich) noch Art. 11 der italienischen Verfassung die Anwendung von EG-Normen gestatten, die Grundprinzipien der italienischen Verfassungsordnung verletzen (siehe Urteil Nr. 183 vom 27. Dezember 1973 und Urteil Nr. 170 vom 8. Juni 1984).

Daß der Minderheitenschutz eines der grundlegenden Prinzipien der italienischen Verfassungsordnung ist - was übrigens aus der Platzierung des Art. 6 in der Verfassung hervorgeht - und daß der Proporz ein allgemeiner Rechtsgrundsatz des Minderheitenschutzes ist, hat der Verfassungsgerichtshof in den Urteilen Nr. 312 von 1983 und Nr. 289 von 1987 in aller Form festgestellt.

PRÄSIDENT: Danke, Abgeordneter Benedikter. Ich bitte jetzt den Vizepräsidenten der Gesetzgebungskommission, Abgeordneten Cigolla, um den Bericht der Kommission zu beiden Entwürfen. Danke.

CIGOLLA:

R e l a z i o n e

La I^a Commissione legislativa nella seduta del 25 agosto 1998 ha esaminato il disegno di legge n. 114, concernente “Norme transitorie in materia di individuazione dei responsabili dei servizi nei comuni della Regione Trentino-Alto Adige, presentato dalla Giunta regionale.

Preso atto della censura governativa al disegno di legge n. 86, ampiamente esaminata in sede di riesame di detto provvedimento, senza ulteriore discussione, la Commissione ha approvato a maggioranza il disegno di legge, integrandolo con l’art. 2 proposto dal cons. Benedikter concernente la proporzionale etnica negli organici del personale dei comuni e loro consorzi ed aziende della Provincia di Bolzano. A tal proposito il Presidente Atz ha fatto notare come il suo gruppo consiliare abbia più volte proposto al Consiglio di approvare, senza successo, predetta normativa, auspicando che questo ennesimo tentativo possa trovare accoglimento, senza peraltro precludere l’iter dell’articolo unico proposto dalla Giunta regionale, che risulta essere assai importante per i nostri comuni ed autonomia.

Con il voto contrario del cons. Benedetti e l’astensione del cons. Boldrini, si rimette pertanto il provvedimento all’ulteriore esame del Consiglio regionale.

R e l a z i o n e

La I^a Commissione legislativa nella seduta del 19 marzo 1997 ha esaminato il disegno di legge n. 86, concernente “Modifiche alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 (Nuovo ordinamento dei comuni della Regione Trentino-Alto Adige), presentato dalla Giunta regionale.

Nell'illustrare il provvedimento l'assessore competente Wanda Chiodi, a nome della Giunta regionale, ha chiarito che il disegno di legge riguarda unicamente la Provincia di Trento, dove il noto malfunzionamento dei comprensori rende necessario un intervento legislativo, prevedendo nuove forme associative per i comuni, al fine di gestire e garantire nel migliore dei modi determinati servizi sul territorio di competenza.

Il cons. Dalbosco, intervenendo più volte nel corso dell'esame del provvedimento, ha condiviso in linea di massima i contenuti della proposta, evidenziando che il disegno di legge rappresenterà per i comuni un banco di prova circa la loro capacità di gestire servizi in proprio senza l'appoggio di istituti intermedi.

Di contro il cons. Binelli, pur condividendo la necessità di legiferare in materia, ha espresso preoccupazione in merito alla portata dell'iniziativa legislativa in esame, in quanto a suo parere i destinatari del provvedimento ignorano l'effetto finale delle rispettive norme, la qual cosa potrebbe non garantire il raggiungimento dell'obiettivo.

La Commissione nel corso dell'esame ha apportato alcune modifiche al testo originario, approvando infine il disegno di legge con sei voti favorevoli (conss. Atz, Cigolla, Dalbosco, Denicolò, Mayr e Kasslatte Mur) e due astensioni (conss. Binelli e Willeit).

Si rimette pertanto il disegno di legge all'ulteriore esame del Consiglio regionale.

PRÄSIDENT: Danke, damit hätten wir alle Berichte verlesen und ich eröffne die Generaldebatte zu den beiden Gesetzentwürfen gemeinsam. Wer meldet sich zu Wort? Abgeordneter Benedikter, bitte.

BENEDIKTER: Ich verstehe wirklich nicht warum ausgerechnet der Regionalrat meinen Antrag schon das letzte Mal beim Gesetzentwurf, der am 8. Juli vom Regionalrat verabschiedet worden ist, abgelehnt hat. Im Artikel 18 Absatz 15 ist davon die Rede, daß zur Aufnahme in den Dienst bei den Gemeinden diejenigen zugelassen werden können, die vorbehaltlich fachspezifischer, mit der Art der durchzuführenden Tätigkeit zusammenhängender Voraussetzungen die nachstehenden allgemeinen Voraussetzungen erfüllen. In Buchstabe a) steht, daß die italienische Staatsbürgerschaft gegeben sein muß, was jedoch nicht für die Angehörigen der Europäischen Union unbeschadet der im Dekret des Präsidenten des Ministerrates am 7. Februar 1994 Nr. 174 vorgesehenen Ausnahmen gilt. Hier wurde damals vom Regionalrat für die

Gemeinden diese grundsätzliche Entscheidung getroffen und das gilt dann auch für alle anderen örtlichen öffentlichen Körperschaften, angefangen von der Provinz einschließlich des Gesundheitswesens bis hin zu den Bezirksgemeinschaften. Es gehören auch alle anderen örtlichen öffentlichen Körperschaften dazu, wie die regionalen Banken öffentlichen Rechtes und die öffentlichen regionalen Kreditanstalten, die Schule was die Verwaltungsangestellten betrifft, die Region, also das Grundbuch und die Regionalangestellten insgesamt. Diese Stellen machen rund 24.000 aus, wenn man eine runde Zahl machen will und dann sind noch die 2.300 Stellen, die beim Staat unter den Proporz fallen. Ursprünglich sind unter den Proporz rund 7.500 Stellen gefallen und es sind 2.300 übriggeblieben. 24.000 Stellen würden unter die Bestimmung fallen, daß EU-Bürger, die nicht italienische Staatsbürger sind, nicht unter den Proporz fallen, d.h. Stellen dem Proporz wegnehmen. Ich weiß, es heißt dann, daß ja in der gesamten Europäischen Union, also umgekehrt auch, wer sich in Frankreich oder Deutschland oder in Belgien oder Holland oder in Österreich um eine Stelle als italienischer Staatsbürger bewirbt - und er ist dazu befugt ohne ausgeschlossen zu werden - mit der Begründung anhalten kann, daß es keinen Proporz gibt. Das mag schon sein, aber die Tatsache ist, daß eben der Proporz bei uns aufgrund des Paketes eingeführt worden ist, Artikel 89 des Autonomiestatutes, und zwar in dem Sinne, daß nur Staatsbürger diese Stellen besetzen dürfen und bei diesen Staatsbürgern eben der Proporz unter der deutschen, italienischen und ladinischen Sprachgruppe gemäß Volkszählung eingehalten werden muß.

Dann ist aufgeworfen worden, daß diese EU-Bürger eben erklären sollen, welcher Sprachgruppe sie sich zugeordnet fühlen. Jetzt muß ich aber sagen, daß das im Autonomiestatut nicht vorgesehen ist. Vorgesehen ist, daß der Proporz eingehalten werden muß, sei es beim Staat, soweit die Stellen eben für den Proporz bestimmt sind, sei es bei den örtlichen öffentlichen Körperschaften aller Art. Deswegen wurde die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung eingeführt und die gilt nur für Staatsbürger. Es ist gegen den Buchstaben des Autonomiestatutes und ist auch gegen den Sinn des Proporz, daß Nicht-Staatsbürger etwa eine solche Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung oder wie sie dann heißt: „Zuordnungserklärung“ abgeben können. Artikel 89 des Autonomiestatutes spricht von Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung für die Staatsbürger und die Durchführungsbestimmungen vom 26. Juli 1976 Nr. 752 haben das seinerzeit grundsätzlich geregelt. Diese sind dahingehend ergänzt worden, daß die sogenannte Zuordnungserklärung eingeführt worden ist, wo es eben heißt, die Personen die sich zu einer der vorgenannten Sprachgruppen bekennen wollen, dies erklären können, also und nur eine Erklärung zur Eingliederung in eine dieser Sprachgruppen abgeben müssen. Das gilt nicht nur für Nicht-Staatsbürger, das gilt für die Staatsbürger, das steht in den Durchführungsbestimmungen, abgesehen davon, daß Artikel 89 des Autonomiestatutes nur von Staatsbürgern spricht. Im Artikel 18 der Durchführungsbestimmungen heißt es, daß bei der allgemeinen Volkszählung jeder Bürger im Alter von über 14 Jahren, der nicht wegen Geisteskrankheit entmündigt worden ist und der zum Zeitpunkt der Volkszählung in der Provinz Bozen ansässig ist, eine persönliche Erklärung der

Zugehörigkeit zu einer der drei Sprachgruppen, nämlich zur italienischen, deutschen oder ladinischen abzugeben hat. Die Personen - und das ist eingeführt worden -, die sich zu keiner der vorgenannten Sprachgruppen bekennen wollen, müssen dies erklären und haben nur eine Erklärung der Angliederung an eine dieser Sprachgruppen abzugeben.

Man hat gesagt, die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung soll ja frei sein. Ich könnte z.B. erklären, daß ich zur italienischen Sprachgruppen gehöre, umgekehrt könnte, sagen wir Minniti, erklären, daß er der deutschen Sprachgruppe angehört und das bleibt dann 10 Jahre so, die Freiheit bleibt. Man hat dann eingeführt, wenn jemand der Ansicht ist, daß er sich zu keiner der drei Sprachgruppen zugehört fühlt - immer der Staatsbürger - dann muß er trotzdem, um den Artikel 89 des Autonomiestatutes zu erfüllen, eine Zugehörigkeitserklärung abgeben. Man könnte der Ansicht sein, daß das eine Auslegung ist, die eigentlich nicht zulässig wäre, aber jedenfalls gilt die Zugehörigkeitserklärung immer nur für Staatsbürger und nicht für Ausländer, ob es dann EU-Bürger sind oder Nicht-EU-Bürger. Für Ausländer gilt immer der Grundsatz, daß die Sprachgruppenzugehörigkeit nur von Staatsbürgern abgegeben werden kann. Es wäre auch ein Wahnsinn, wenn von außen jemand erklären könnte, ich betrachte mich der deutschen Sprachgruppe oder der italienischen oder der ladinischen zugehörig. Die Minderheit, um deren Schutz es geht - der Proporz ist eben eine wesentliche Minderheitenschutzbestimmung - betrifft eben die Personen, die in diesem Lande ansässig sind und die dieses Land als Heimat betrachten, unabhängig davon, ob es dann Deutsche, Italiener oder Ladinier sind. Für sie ist das Land die Heimat und sie müssen in ihrer Heimat geschützt werden, d.h. es muß der Grundsatz eingehalten werden, daß diese schutzbedürftigen Minderheiten eben von öffentlichen Angestellten, angefangen von den Gemeinden bis zum Staat, ihrer Sprachgruppe entsprechend im Verhältnis zur zahlenmäßigen Stärke verwaltet werden. Diese Proporzbestimmung gibt es nicht nur als „Kuriosum“ der Südtiroler Autonomie, wie es oft heißt.

Diese Minderheitenschutzbestimmung steht erstens im Pariser Vertrag als Grundsatz, denn dort heißt es nämlich, daß Gleichberechtigung bei der Zulassung zu den öffentlichen Ämtern zum Zwecke einer angemesseneren Verteilung der Beamtenstellen zwischen den beiden Volksgruppen zu verwirklichen ist. Also, sie ist völkerrechtlich im Pariser Vertrag verankert, sonst hätte sie gar nicht im Paket noch näher ausgeführt und über das Paket als Artikel 89 des Autonomiestatutes verankert werden können. Da ist zu bemerken, daß die Bestimmung, daß der Staatsbürger bei der Volkszählung eine Erklärung abgeben muß, womit er sagt welcher Nationalität er angehört, eine Minderheitenschutzbestimmung ist. Solche Bestimmungen gibt es und auch die entsprechende Proporzbestimmung ist eine davon. Ich nenne da die ehemalige Sowjetunion, wo sie von den Verfassungen der Nachfolgestaaten übernommen wurde, ob es nun die rußländische Föderation oder Weißrußland oder die Ukraine oder Armenien und Georgien ist, dort hat sie schon immer bestanden. In Rußland gibt es den inländischen Paß und es gibt den Paß für das Ausland. Im Paß wird die Nationalität eingetragen, die der Betreffende ganz frei erklären kann und sie bleibt dort ein für allemal. In China - und China ist ja volksmäßig mit seiner Milliarde und 250 Millionen das größte Reich auf Erden - ist vorgesehen, daß in den Minderheitenschutzgebieten, die

rund 200 Millionen Bewohner umfassen und die Mehrheit des Staatsgebietes einnehmen, auch eine Volksgruppenzugehörigkeitserklärung abgegeben wird und dementsprechend die Ämter besetzt werden müssen. Dasselbe gilt in Kanada zum Schutze der sogenannten Eingeborenen der Indianerstämme und es gilt auch in der Schweiz. In der Schweiz wird bei allen Volkszählungen die Abgabe einer Erklärung verlangt, ob sich der Schweizer Bürger als Deutsch-Schweizer oder als Französisch-Schweizer oder als Italienisch-Schweizer oder als Räteromane bekennt. Dementsprechend sind die Kantone ja durchwegs einfarbig, entweder sie sind überwiegend von Deutsch-Schweizern bewohnt oder von Franzosen oder von Räteromanen oder von Italiener, aber in der Bundesverwaltung besteht gemäß Verfassung die Bestimmung, daß sie entsprechend dem Proporz besetzt werden muß. Etwas ähnliches besteht in Belgien. Ihr wißt Belgien ist aufgeteilt zwischen den flämischsprechenden Teil und den französischsprechenden Teil, Wallonien und Flandern, aber die Hauptstadt Brüssel mit einigen angrenzenden Gemeinden ist gemischtsprachig und in ganz Belgien wird auch bei der Volkszählung die Erklärung verlangt, zu welcher Nation man sich bekennt. In Brüssel selber werden auch diese Erklärungen abgegeben und es ist vorgeschrieben, daß dort mit 1.200.000 Einwohnern der Proporz bei der Besetzung der Verwaltung eingehalten wird. In Europa haben wir den Proporz abgesehen von uns in der Schweiz und in Belgien. Dieser Proporzgrundsatz ist also international verbreitet, wie gesagt auch in China und in Rußland und auch in Kanada. Selbstverständlich hat das zur Befriedung der jeweiligen Minderheit beigetragen.

Die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung und der Proporz sind im Artikel 89 des Autonomiestatutes vorgesehen und dementsprechend in den Durchführungsbestimmungen geregelt und die sogenannte Zugehörigkeitserklärung ist eingeführt worden und kann selbstverständlich auch nur von Staatsbürgern abgegeben und nicht auf Nicht-Staatsbürger ausgedehnt werden, die sich aufgrund der EU-Verfassung niederlassen und jegliches Gewerbe aufnehmen können und auch Wähler in den Gemeinden werden und das Wahlrecht in den Gemeinden erwerben können. Das hat mit der Proporzregelung, die aufgrund des Autonomiestatutes, Artikel 89, für die Staatsangestellten und laut Artikel 61 des Autonomiestatutes auch für die Angestellten der örtlichen öffentlichen Körperschaften vorgesehen ist, nichts zu tun. Zu den örtlichen öffentlichen Körperschaften gehören die Gemeinden und gehört die Provinz und die Bezirksgemeinschaften und die öffentlich rechtlichen Banken regionalen Charakters, die Fürsorgekörperschaften und das sind insgesamt 24.000 Stellen. Diese Stellen fallen gemäß Artikel 89 und Artikel 61 des Autonomiestatutes unter den Proporz und können bei uns nicht mit Nicht-Staatsbürgern besetzt werden. Ich weiß in Italien und in allen Ländern der Europäischen Union können auch Staatsstellen, mit Ausnahme der Stellen mit höherer Verwaltungsverantwortung, mit EU-Bürgern besetzt werden.

Gut, aber das gilt nicht bei uns, weil hier die Minderheitenschutzbestimmung, die den Proporz eingeführt hat, eben stärker ist. Interessanterweise hat der italienische Verfassungsgerichtshof - und ich habe die Urteile ja jetzt angeführt - die Autonomie als solche z. B. gegenüber der sogenannten Koordinierungsbefugnis nicht gelten lassen, mit

der der Staat autonome Befugnisse an sich ziehen und die Autonomie einengen kann, wenn es um das nationale Interesse geht. Das hat der Verfassungsgerichtshof gelten lassen, obwohl es in der Verfassung gar nicht vorgesehen ist. In der neuen Verfassung wäre es ausdrücklich vorgesehen worden. Wenn es um das nationale Interesse geht, kann der Staat mit Gesetz wie gesagt autonome Befugnisse an sich ziehen, sofern es um Belange nationalen Interesses geht. Der Verfassungsgerichtshof hat das mit dem Autonomiestatut als vereinbar erachtet, was mit dem Buchstaben des Autonomiestatutes sicher nicht der Fall ist. Der italienische Verfassungsgerichtshof hat ausdrücklich in mehreren Urteilen - ich habe sie angeführt - gesagt, daß der Proporz im Artikel 89 und Artikel 61 sowohl für gewisse Staatsstellen als auch für alle örtlichen öffentlichen Stellen vorgesehen ist und dieser Proporz widersteht - und das ist schon aufgeworfen worden - den EU-Bestimmungen, die da sagen, daß öffentliche Stellen auch mit Ausländern besetzt werden können usw. Diese Proporznorm ist eine Minderheitenschutzbestimmung, hat der Verfassungsgerichtshof gesagt, die mit Artikel 6 der italienischen Verfassung gedeckt ist und damit ist sie gedeckt mit einem Grundsatz der italienischen Verfassung, mit einer grundlegenden Bestimmung und kann nicht durch EU-Normen überwunden werden. Dabei ist der italienische Verfassungsgerichtshof allerdings durch eine Deklaration der Vereinten Nationen vom 18. Dezember 1992 in seiner Ansicht bestärkt worden. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat einstimmig beschlossen, daß alle Staaten der Erde die Minderheiten auf ihrem Staatsgebiet schützen sollen, damit diese Minderheit dort wo sie mehrheitlich siedeln, in ihrem Bestand und selbstverständlich in ihrer Sprache und Kultur erhalten bleiben. Damit ist der Proporz auch völkerrechtlich abgedeckt, abgesehen davon, daß die EU inzwischen Grundsatzbestimmungen zum Schutze der Sprachminderheiten beschlossen hat, die auch darauf hinauslaufen, daß eben der Proporz diesen Schutz übernehmen soll. Wie gesagt, es geht da um 24.000 Stellen der örtlichen öffentlichen Körperschaften, bei denen weder der Regionalrat noch der Landtag, was mich wundert...

(interruzione)

BENEDIKTER: Darf ich noch kurz fortfahren. Ich war jetzt z.B. eine Woche im Krankenhaus hier in Bozen. Ich hatte zwei Operationen und habe zufällig mit italienischen Ärzten zu tun gehabt. Selbstverständlich sind die italienischen Ärzte ebenso wie die deutschen daran interessiert, daß der Proporz erhalten bleibt.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter
Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Mi dispiace averle ricordato che il tempo era scaduto. Ha chiesto di poter intervenire la collega Zendron, ne ha facoltà.

ZENDRON: Grazie Presidente, sarò molto breve.

Quando c'è stata la discussione di questa legge ci siamo astenuti perché ci sono degli aspetti che non condividevamo e soprattutto perché questo disegno di legge con gli interventi successivi, sopraggiunti era quasi incomprensibile. Mi sembra obbligatorio fare un complimento a chi ha fatto il lavoro di coordinamento e credo sia soprattutto la dott.ssa Gentile e scusate se non nomino gli altri che hanno collaborato a questo lavoro e che hanno reso questo testo effettivamente una cosa diversa.

La questione che si pone oggi è questa: noi siamo in una situazione in cui da molti anni i sindaci eletti con il nuovo sistema non sono in grado di governare in modo coerente ed adeguato alle loro competenze perché non hanno questa legge a disposizione.

Credo sia necessario che questo testo venga approvato, anche se noi ci asterremo non condividendone alcuni aspetti e anche per questo ci siamo impegnati sia nella riunione dei Capigruppo che in quest'Aula contro la posizione dello SVP che voleva che si facesse dell'altro, perché ci sembra che effettivamente non si possa rimandare oltre l'approvazione di una normativa che dà ai comuni gli strumenti adatti a governare come la legge, che appunto l'elezione diretta prevedeva.

Condividiamo anche il fatto che siano stati estrapolati gli aspetti contestati della legge, però, per quello che riguarda il disegno di legge n. 114, posso già dire che noi non siamo favorevoli ad una modifica della regolamentazione attuale che determina la proporzionale all'interno degli enti come l'Azienda Elettrica Consorziata perché ci sembra che questo dovrebbe essere sempre meno quello dello strappare un dipendente in più di una lingua e dell'altra, dovrebbe essere uno strumento che con il tempo finisce per cessare in quanto la proporzionale era stata pensata come uno strumento a termine, che deve avere una scadenza, che era fatta per riparare una situazione squilibrata nel passato. A me non sembra che questo grande squilibrio oggi esista e per quanto di per sé non sia così importante che sia l'uno o l'altro, non credo che si debba continuare questa lotta cominciata ancora nella scorsa legislatura da parte dello SVP, adesso però la proposta è del cons. Benedikter, e sarà sicuramente approvata dallo SVP per spostare di una frazione il vantaggio di proporzionale per un gruppo o per l'altro. In questo caso è per il gruppo tedesco, ma sarebbe la stessa cosa, a mio parere, se fosse il contrario. Credo che sia ora di smetterla con queste lotte perché anche la distribuzione della mancanza di lavoro non è così drammatica da essere causa di conflitti.

Maggiore causa di conflitto è che la politica continui a rimestare su questi argomenti che hanno pochi riflessi pratici, magari quello di provocare qualche spostamento di potere dai centri urbani ai centri più piccoli, ma già sappiamo che il potere è sproporzionato in questo senso.

Mi auguro che il disegno di legge n. 86 venga approvato e dato come strumento, sia pure con grave ritardo, alla fine della legislatura, ai comuni ed alle amministrazioni comunali, che ne hanno assolutamente bisogno.

PRESIDENTE: Ha chiesto di poter intervenire la collega Chiodi, ne ha facoltà.

CHIODI: Ritengo che siamo arrivati alla fine di questa difficile legislatura e con il disegno di legge n. 86 andiamo a riproporre quattro disegni di legge che quando

ricoprivo il ruolo di assessore, insieme agli uffici dell'assessorato che avevano appunto fatto un egregio lavoro, avevo presentato dopo averli concordati con il consorzio dei comuni di Trento e di Bolzano. Questo disegno di legge aveva ricevuto alcune critiche dalla parte sindacale, ed avevo anche tentato con la rappresentanza che siede da questa parte del Consiglio di mettere a posto alcuni punti. Alcuni avevano appunto trovato disponibilità della Giunta e questi emendamenti erano stati accettati ed altri no, in linea di massima non è il miglior disegno di legge che poteva venire fuori, ma non c'è ombra di dubbio che questo disegno di legge serva sia alla Giunta regionale sia ai comuni per iniziare una strada nuova, soprattutto per quanto riguarda la Provincia di Trento sul discorso dei comprensori, quindi credo valga la pena andare avanti con questo disegno di legge.

Ci eravamo astenuti su questo disegno di legge, facciamo parte di un gruppo di minoranza però avevamo tentato, con i nostri emendamenti, di portare alcune modifiche che ritenevamo interessanti.

Di conseguenza credo che sia utile e sia una risposta sia per la Regione che per la nostra Provincia, votare questo disegno di legge perché ritengo importante questo passaggio, essendo disegni di legge richiesti dai nostri comuni come il recepimento della 421, il discorso del comprensorio ecc., che vengono richiesti da tanto tempo, siamo arrivati alla fine della legislatura e credo che dovremmo essere contenti se questo consiglio regionale riesce a superare questo passaggio ed approvare questo disegno di legge.

Non voterò invece la proposta fatta dal collega Benedikter sul disegno di legge n. 114, perché credo che non sia molto corretto inserire in questi provvedimenti pezzi di legge che poco hanno a che vedere con quello che andiamo a presentare.

Non voglio ripetere quello che ha detto la collega Zendron, credo che sia un passaggio che molti di noi ritenevano superato, qui dovrà essere la Giunta provinciale a rispondere, la Giunta regionale potrà rispondere come aveva risposto in passato al collega Atz, bocciandolo.

Credo che questo sia un articolo che crea ulteriori frizioni all'interno della realtà dell'Alto Adige, che in fin dei conti riguarda maggiormente l'Alto Adige, anche se si tratta degli enti pubblici dipendenti dalla Regione.

Credo che una riflessione la Giunta la debba fare su questo articolo, perché capisco che ci serve il disegno di legge 86, ma non ci serve l'articolo contenuto nel 114.

Credo, Presidente Grandi, che una risposta come era stata data in passato varrebbe la pena che la Giunta la desse. Il nostro gruppo non voterà il disegno di legge n. 114 mentre spero che velocemente si arrivi a risolvere il problema del disegno di legge n. 86, perché sono norme che servono sia alla Provincia di Trento che alla Provincia di Bolzano e soprattutto ai nostri comuni, per poter lavorare in modernità visto che ci stavamo muovendo con regole vecchie superate.

PRESIDENTE: Nessun altro intende intervenire? Dichiaro chiusa la discussione generale su ambedue i disegni di legge e chiedo all'Aula di passare alla discussione articolata del disegno di legge n. 86.

Chi è favorevole? Chi è contrario? Chi si astiene?

Nessun contrario, 6 voti di astensione, tutti gli altri favorevoli, il Consiglio approva.
Informo l'Aula che darò lettura del testo italiano e che le traduttrici tradurranno in simultanea il testo in lingua tedesca; questo per snellire i lavori dell'Aula.

Dò lettura dell'art. 1

Art. 1

(Modifica all'articolo 2 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1)

1. L'articolo 2 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 è sostituito dal seguente:

Art. 2

(Funzioni)

1. In armonia con il principio costituzionale della promozione delle autonomie locali e in attuazione dei principi di sussidiarietà, responsabilità e unità che presidono all'esercizio dell'azione amministrativa, nonché di omogeneità ed adeguatezza, sono attribuite ai comuni tutte le funzioni amministrative di interesse locale inerenti allo sviluppo culturale, sociale ed economico della popolazione e sono assicurate ai comuni le risorse finanziarie necessarie per lo svolgimento delle funzioni stesse.

2. La Regione e le Province autonome individuano le funzioni che sono trasferite, delegate o subdelegate, ai comuni singoli o associati, avuto riguardo ai rispettivi ambiti territoriali e popolazioni interessate, al fine di assicurare efficacia, speditezza ed economicità all'azione amministrativa, nonché la partecipazione dei cittadini al migliore perseguimento del pubblico interesse.

3. I comuni singoli o associati, nell'esercizio delle rispettive funzioni, attuano tra loro forme di cooperazione e di sussidiarietà, anche con privati, per assicurare l'economia di gestione delle attività e dei servizi o qualora l'interesse riguardi vaste zone intercomunali.

4. Spettano inoltre ai comuni, ove la legge provinciale lo preveda, le funzioni che le leggi dello Stato attribuiscono alle comunità montane.”.

PRESIDENTE: Informo l'Aula che non si può intervenire.

Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Nessun contrario, nove voti di astensione, tutti gli altri favorevoli, l'art. 1 è approvato.

E' prassi che il Presidente ponga in votazione l'articolo senza darne lettura visto che la lettura era stata fatta prima che il Governo rinviasse questo disegno di legge. Se nessuno è contrario passerei alla votazione articolo per articolo senza darne lettura. Eventualmente i consiglieri si pronunceranno a favore, contrari o con l'astensione votando.

Nessuno si oppone, allora procediamo con l'art. 2.

Chi è favorevole? Chi è contrario? Chi si astiene?

Nessun contrario, otto voti di astensione, tutti gli altri favorevoli, l'art. 2 è approvato.

Passiamo all'art. 3.

Chi è favorevole? Chi è contrario? Chi si astiene?

Con otto astensioni e nessun contrario, l'art. 3 è approvato.

Passiamo all'art. 4.

Chi è favorevole? Chi è contrario? Chi si astiene?

Con cinque voti di astensione e nessun contrario l'art. 4 è approvato.

Passiamo all'art. 5.

Chi è favorevole? Chi è contrario? Chi si astiene?

Con sette voti di astensione e nessun contrario l'art. 5 è approvato.

Passiamo all'art. 6.

Chi è favorevole? Chi è contrario? Chi si astiene?

Con cinque voti di astensione e nessun contrario l'art. 6 è approvato.

Passiamo all'art. 7.

Chi è favorevole? Chi è contrario? Chi si astiene?

Con sei voti di astensione e nessun contrario l'art. 7 è approvato.

Passiamo all'art. 8.

Chi è favorevole? Chi è contrario? Chi si astiene?

Con sei voti di astensione e nessun contrario l'art. 8 è approvato.

Passiamo all'art. 9.

Chi è favorevole? Chi è contrario? Chi si astiene?

Con sei voti di astensione e nessun contrario l'art. 8 è approvato.

Passiamo all'art. 10.

Decade un emendamento a firma del cons. Gasperotti perché firmato solo da un consigliere.

La ringrazio per l'osservazione, collega Ianieri.

Lei ha chiesto di poter intervenire, prego collega.

KLOTZ: Ich hätte nur ersucht, daß Sie mitteilen, an welchem Tag der Abänderungsantrag Gasperotti eingetroffen ist. Sie sagen zwar es gibt nur eine Unterschrift, aber wenn der Antrag am Freitag eingebracht worden ist, dann genügt auch eine Unterschrift. Bitte würden Sie präzisieren warum ein Antrag verfällt.

PRESIDENTE: E' una domanda che merita una risposta. E' stato presentato il 15 settembre alle ore 10.05.

Dò lettura dell'art. 45 bis

Art. 45 bis

(Adeguamento delle aziende speciali)

1. I comuni adeguano l'ordinamento delle aziende speciali alle disposizioni contenute nell'articolo 45 entro il 31 settembre 1998.

2. A far data dal 1° luglio 1999 i comuni depositano presso il Registro delle Imprese, le deliberazioni di adeguamento delle aziende speciali ai sensi e per gli effetti del combinato disposto dagli articoli 2330 e 2331 del codice civile.”.

Il collega Willeit leggerà l'art. 45 bis approvato in Commissione.

WILLEIT:

Art. 45 bis
(Anpassung der Sonderbetriebe)

1. Die Gemeinden haben die Ordnung der Sonderbetriebe den in Artikel 45 enthaltenen Bestimmungen innerhalb 31. Dezember 1998 anzupassen.
2. Ab 1. Juli 1999 haben die Gemeinden die Beschlüsse betreffend die Anpassung der Sonderbetriebe im Sinne und für die Wirkungen der Bestimmungen des Artikels 2330 in Verbindung mit Artikel 2331 des Zivilgesetzbuches beim Handelregister zu hinterlegen.

PRESIDENTE: Votiamo l'emendamento così modificato in Commissione.

Favorevoli? Contrari? Astenuti?

Con sette voti di astensione e nessun contrario, l'articolo è approvato.

Passiamo all'art. 11.

Chi è favorevole? Chi è contrario? Chi si astiene?

Con quattro voti di astensione e nessun contrario l'art. 11 è approvato.

Passiamo all'art. 12.

Chi è favorevole? Chi è contrario? Chi si astiene?

Con quattro voti di astensione e nessun contrario l'art. 12 è approvato.

Passiamo all'art. 13.

Chi è favorevole? Chi è contrario? Chi si astiene?

Con sei voti di astensione e nessun contrario l'art. 13 è approvato.

Passiamo all'art. 14.

Chi è favorevole? Chi è contrario? Chi si astiene?

Con sei voti di astensione e nessun contrario l'art. 14 è approvato.

Passiamo all'art. 15.

Chi è favorevole? Chi è contrario? Chi si astiene?

Con sei voti di astensione e nessun contrario l'art. 15 è approvato.

Passiamo all'art. 16.

Chi è favorevole? Chi è contrario? Chi si astiene?

Con sei voti di astensione e nessun contrario l'art. 16 è approvato.

Passiamo all'art. 17.

C'è stata una modifica: è stato soppresso il comma 6.

Ha chiesto di poter intervenire la collega Klotz, ne ha facoltà.

KLOTZ: Es geht hier also um die Ordnung, das Rechnungswesen der Gemeinden und der örtlichen Körperschaften und hier geht es um die Aufhebung eines Absatzes, und zwar um den folgenden: „nach Anhören des Gemeindeausschusses bestimmt der Bürgermeister die Verantwortlichen für die einzelnen Dienste gemäß der Verordnung laut Artikel 21 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1. Nach Anhören des Gemeindeausschusses kann der Bürgermeister selbst die Verantwortung für die Dienste

übernehmen, die in der in Artikel 21 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 vorgesehenen Verordnung enthalten sind, oder auch für einen Teil dieser Dienste, und zwar zusammen mit der Befugnis zum Erlaß von Gebarungsmaßnahmen laut Absatz 5, oder er kann sie einzelnen Mitgliedern des Gemeindevausschusses übertragen.“

Nun war diese Bestimmung ja in erster Lesung durchgegangen, sie hatte eine bestimmte Absicht, wird nun aufgehoben und deshalb möchte ich eine Erklärung von seiten des Ausschusses oder auch von jemandem der Kommission haben, der hier die Kommissionsarbeiten mitverfolgt hat, wie man dann diese gesamte Materie sonst regeln will bzw. auf welche anderen Bestimmungen man hier zurückgreifen will. Ich ersuche dazu um eine ausführliche Auskunft.

PRESIDENTE: Credo lei sappia che la norma è stata soppressa in Commissione e poi la Giunta ha presentato il disegno di legge n. 114 che recupera quel comma soppresso. Verrà discussa immediatamente dopo l'approvazione del disegno di legge sul quale ci stiamo confrontando.

Prego collega Zendron.

ZENDRON: Volevo provare a spiegare alla collega Klotz che siamo favorevoli alla soppressione di questo comma perché la maggioranza e la Giunta volevano conservare una commistione fra l'amministrazione e la politica ed è esattamente un punto contrario a quello che è lo spirito delle leggi Bassanini che vuole dividere l'amministrazione dalla gestione politica e quindi mi sembra opportuno che sia soppresso. E' stato spostato opportunamente perché il Governo l'avrebbe ribocciato all'interno di una nuova legge, la n. 114, e posso già annunciare che anche lì voteremo contro perché pensiamo che una delle cose più importanti che sono state introdotte da queste due leggi Bassanini è proprio la separazione netta fra politica e amministrazione.

A un certo punto si dice: "Il sindaco può riservare a sé o a singoli componenti dell'organo esecutivo la responsabilità.", cioè conserva al sindaco una parte dell'amministrazione e quindi, il pezzo, è opportuno sopprimerlo. Grazie Presidente

PRESIDENTE: Ha chiesto di poter intervenire il Presidente della Giunta, prego.

GRANDI: In risposta al quesito posto da parte della consigliera Klotz, debbo dire che il primo rilievo governativo recita testualmente: "Le disposizioni contenute nell'art. 17 consentendo che il sindaco riservi a sé od affidi a singoli componenti della Giunta la responsabilità dei servizi individuati dal regolamento comunale o di parte di essi, unitamente al potere di assumere gli atti di gestione finanziaria e contabili si pongono in contrasto con i principi di riforma di cui alla 421.". Praticamente il Governo ha eccepito, rispetto a quell'articolo, quello che noi avevamo previsto, proprio perché questo articolo andava contro i principi previsti nella 421. Nella sostanza è inibito, con l'emendamento che la Giunta ha presentato in Commissione legislativa, agli organi politici la facoltà di effettuare compiti gestionali.

PRÉSIDENTE: Dopo queste spiegazioni del Presidente pongo in votazione l'articolo così emendato dalla Commissione legislativa.

Chi è favorevole? Chi è contrario? Chi si astiene?

Con sette voti di astensione e nessun contrario l'art. 17 è approvato.

Sono le ore 12.59, sospendiamo i lavori. Il Consiglio riprende alle ore 15.

La seduta è sospesa.

(ore 12.59)

(ore 15.15)

Vorsitz Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

PRÉSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten. Ich bitte den Abgeordneten Divina um den Namensaufruf.

DIVINA: *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*

(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÉSIDENT: Artikel 18, dazu liegen keine Änderungsanträge vor und wir stimmen darüber ab. Wer stimmt dafür?

(interruzione)

PRÉSIDENT: Da ist ein Abänderungsantrag vom Abgeordneten Gasperotti, der aber nicht zulässig ist, weil er nur eine Unterschrift trägt. Dann haben wir noch einen Abänderungsantrag des Abgeordneten Benedikter zum Absatz 15. Ich verlese ihn:

Abänderungsantrag zum Art. 18 Absatz 15 Buchstabe a)

Den Satz nach „italienische Staatsbürgerschaft“ streichen.

Emendamento all'articolo 18, comma 15, lettera a)

Alla lettera a) viene soppressa la frase che segue alle parole „cittadinanza italiana“.

Der Abgeordnete Benedikter hat zur Erläuterung das Wort. Bitte, Herr Abgeordneter.

BENEDIKTER: Diese Abänderung ist Gegenstand des Minderheitenberichtes und war auch Gegenstand meiner Rede heute vormittag und somit möchte ich mich nicht wiederholen.

Aber praktisch wird durch diesen Zusatz, daß die italienische Staatsbürgerschaft für die Angehörigen der EU unbeschadet der im Dekret des Präsidenten des Ministerrates vorgesehen Ausnahmen nicht gebraucht wird, grundsätzlich der Proporz aufgehoben.

Ich möchte nur den Regionalrat daran erinnern, daß die Südtiroler selbstverständlich daran interessiert sind, daß der Proporz als solcher für die örtlichen öffentlichen Körperschaften aufrechterbleibt, besonders die Angehörigen der italienischen Sprachgruppe in Südtirol sind daran interessiert, denn zu diesen örtlichen öffentlichen Körperschaften gehören die Provinz mit rund 14.000 Stellen, die Gemeinden mit rund 5.000 Stellen, die Fürsorgekörperschaften, die Bezirksgemeinschaften und die öffentlich rechtlichen Banken regionalen Charakters. Jeweils die Mehrheit gehört der deutschen Sprachgruppe an, so daß diese in diesen Gemeinden bzw. in der Provinz ohne den Proporz eingestellt werden könnte. Der Regionalrat, der ja an sich in erster Linie Hüter des Autonomiestatutes sein sollte - siehe Artikel 89 des Autonomiestatutes und Artikel 61, der die örtlichen öffentlichen Körperschaften betrifft - müßte darauf bestehen, daß der Proporz eingehalten werden muß und das heißt, daß man nicht Bewerber um diese Stellen zulassen kann, die nicht die Staatsbürgerschaft haben, die also keiner der drei Sprachgruppen angehören, denn dadurch würde der Proporz nicht mehr eingehalten werden. Um so mehr als der Verfassungsgerichtshof in vier Urteilen erklärt hat, daß der Proporz im allgemeinen im Unterschied zur Autonomie zu den wesentlichen Minderheitenschutzbestimmungen gehört und er ist gedeckt mit Artikel 6 der Verfassung. Er kann nicht überwunden werden durch die Normen der Europäischen Union, ob es dann Richtlinien sind oder Verordnungen oder was immer auch. Der Regionalrat von Trentino-Südtirol ist nun im Begriffe grundsätzlich zu sagen, daß es für die örtlichen öffentlichen Körperschaften - und das sind 24.000 Stellen - keinen Proporz mehr braucht, sondern daß die EU-Norm gilt, nämlich daß auch Bürger der EU angestellt werden können, die selbstverständlich nicht unter den Proporz fallen, obwohl er eine wesentliche Minderheitenschutzbestimmung ist, die auch gedeckt ist durch eine Erklärung der Vereinten Nationen vom 18. Dezember 1992 und gedeckt ist durch die EU-Grundsatzbestimmungen über den Minderheitenschutz, der gewisse allgemeine Niederlassungsfreiheit überwindet.

Der Regionalrat ist im Begriffe, wie gesagt, grundsätzlich den Proporz abzuschaffen und auch die römische Regierung hat das vorherige Gesetz deswegen nicht angefochten. Ob es dieses Mal angefochten wird, weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß das italienische ärztliche Personal interessiert ist, daß dieser Proporz aufrechterbleibt und bekräftigt werde, denn sonst verliert die italienische Sprachgruppe ihren Anteil, der auf 24.000 Stellen immerhin 28% ausmacht, der aber damit um so mehr verlorengelht, weil dann die jeweilige Gemeinde oder die Provinz oder die Fürsorgekörperschaft nicht mehr daran gebunden ist, den Proporz einzuhalten. Danke.

PRÄSIDENT: Die Abgeordnete Zendron, bitte.

ZENDRON: Sull'emendamento Benedikter, Presidente, devo dire che sono contraria e sono contraria anche alle sue argomentazioni. Penso che, diversamente da lui, la proporzionale non sia un principio fondamentale, ma uno strumento che si è scelto per ripristinare un equilibrio nell'impiego pubblico che era stato, per le vicende storiche, distorto ecc. e si è voluto usare questo metodo. Ma anche nello stesso Statuto è

specificato che si tratta di uno strumento a tempo e che comunque, dopo un periodo di tempo deve andare a finire.

A me pare che proprio attraverso l'inserimento di queste normative europee sia un modo buono per superare e per transitare in un tipo di regolamentazione in cui, a mio parere, i diritti dei gruppi linguistici sono rispettati, ma nello stesso tempo questa norma che ha anche provocato molti guasti, e comunque insostenibili come situazione normale in una società che riesca a vivere insieme e a rispettare gli altri e anche a dare valore allo strumento invece del bilinguismo, quello sì è da valorizzare, cosa invece che non è stata fatta proprio per il maggiore significato che ha assunto la proporzionale rispetto al bilinguismo che è uno strumento più in grado di garantire effettivamente il fatto che i cittadini possano avere il servizio pubblico nella loro lingua.

Sappiamo anche che uno studio fatto fare dalla Giunta provinciale ha chiarito molto bene che non è possibile opporsi a queste normative europee che mettono in dubbio la proporzionale. Sappiamo anche che la Giunta dopo aver ottenuto questo parere lo ha tenuto nascosto perché i risultati non erano quelli che avrebbero confermato la politica del partito di maggioranza di lingua tedesca e a me pare che, oltre tutto, ci sia da dire che per quello che riguarda la questione più tecnica è vero che la stessa regolamentazione ultima della proporzionale ammette che non solo ci si possa dichiarare appartenenti ad un gruppo linguistico, ma si possa anche aggregarsi ai soli fini della proporzionale.

Credo che dovremmo accettare le modifiche che avvengono in questo modo, appunto per intervento di normative europee, e pensare seriamente a fare il passo ulteriore e cioè ritornare al censimento anonimo nel 2001 in maniera che l'utilizzo della dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico sia limitato solamente a quelle persone che chiedono di accedere a benefici ed agevolazioni che devono essere distribuite proporzionalmente e sempre in vista di un superamento totale di questo strumento che ormai ha esaurito la sua funzione storica.

PRÄSIDENT: Danke. Die Abgeordnete Klotz hat das Wort. Bitte.

KLOTZ: Wir sehen hier, daß man drauf und dran ist, einen der Grundsätze, eine der Grundbestimmungen und auch eine Verfassungsbestimmungen, zu unterlaufen. Es handelt sich hier nicht, wie Abgeordnete Zendron meinen möchte, um eine zeitlich begrenzte Bestimmung, in keiner Weise, sondern es handelt sich um eine Grundsatzbestimmung, die sehr wohl verfassungsrechtlich abgesichert ist. Aus der Stellungnahme der Kollegin Zendron ersehen wir natürlich wohin dieser ganze Antrag hier, den wir jetzt behandeln, laufen soll, und ich muß auch noch einmal in Wiederholung dessen, was wohl der gründlichste Kenner nicht nur der Südtiroler Autonomie, sondern auch des europäischen und italienischen Rechts hier anmahnt, darauf verweisen, daß eine Lawine ins Rollen kommt, wenn wir jetzt solche Interpretationen zulassen, die wir nicht mehr bremsen werden können. Der ethnische Proporz ist ein Grundsatz, ist eine grundlegende Bestimmung vor allen Dingen für uns Südtiroler, er ist von fundamentaler Bedeutung und wir dürfen nicht zulassen, daß wir

das selber jetzt in Frage stellen. Mit dieser Einschränkung der Gültigkeit des ethnischen Proporz vollziehen wir einen Dammbbruch. Ich kann also nur das unterstützen, was Kollege Benedikter gesagt hat und was er juridisch einwandfrei in seinem Minderheitenbericht dargelegt hat, er hat alle Rechtsquellen für den ethnischen Proporz als eine grundsätzliche Bestimmung hier angeführt. Ich kann vor allen Dingen nur die Abgeordneten der SVP auffordern hier alles zu unternehmen, um diese Lawine nicht ins Rollen zu bringen, d.h. um den ethnischen Proporz in Südtirol zu schützen, um diese Bestimmung zu beachten, die vor allen Dingen deshalb eingeführt worden ist, um gerecht zu verteilen, so wie es in anderen Ländern der Welt auch üblich ist, wo es ähnliche Auseinandersetzungen und wo es eine ähnliche politisch heikle Situation gibt. Also, ich möchte vor allen Dingen an die Abgeordneten der SVP appellieren: Schaut euch das genau an, denn wir selber stellen damit einen der wichtigsten Grundsätze des gesamten Autonomiegefüges in Frage und ich möchte gleich schon beantragen, daß hier über diesen Antrag namentlich abgestimmt wird. Herr Präsident, es sind genügend Hände erhoben worden. Danke.

PRÄSIDENT: Dem Ansuchen wird stattgegeben. Danke. Möchte kein Abgeordneter mehr das Wort ergreifen? Niemand, dann hat das Wort der Präsident Grandi.

GRANDI: Le motivazioni, a proposito di questo emendamento, che avevamo già espresso nel mese di luglio, quando venne dibattuto questo analogo argomento, sono valide. Qui occorre ribadire che da una parte c'è l'obbligo di applicazione della normativa europea relativamente alla cittadinanza e tengo poi a precisare, là dove ce ne fosse bisogno, che non viene assolutamente disattesa la proporzionale.

Debbo per altro aggiungere, ed ecco la ragione del mio brevissimo intervento, una precisazione e cioè che la norma di cui al comma 15 si applica solo se le assunzioni presso i comuni o presso le loro forme associative e anche alle IPAB, ma non si applica al settore della sanità né tanto meno viene applicata alla Provincia. Devo per altro precisare che la Provincia autonoma di Bolzano ha già un'analogha norma di legge di recepimento dei principi della legge 421 e ha anche una norma precisa relativamente a questo problema.

Per questo insieme di ragioni la Giunta non può votare questo emendamento aggiuntivo.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Benedikter, bitte.

BENEDIKTER: Nur um zu sagen, daß der gute Präsident des Regionalausschusses eben nicht Bescheid weiß, wenn er sagt, die Bestimmung findet nicht Anwendung auf die Sanität und gleichzeitig hat er gesagt, daß eine Bestimmung besteht, die von der SVP so beschlossen worden ist, eben für das gesamte Landespersonal und dazu gehört auch das Sanitätspersonal, Herr Präsident Grandi, und auch dort wird so wie hier in diesem Sinne der Proporz dann nicht mehr angewendet. Hier geht es abgesehen von der Autonomie um die wesentlichste, die wichtigste Minderheitenschutzbestimmung, die es überhaupt in der ganzen Welt zum Schutze einer Minderheit auf ihrem angestammten

Boden gibt. Ich habe heute erwähnt wo sie überall besteht, z. B. in China, Indien, Rußland und Kanada. In den größten Staaten der Welt, die also große und kleine Völker beherbergen und in der Schweiz auf Bundesebene und in Brüssel als Hauptstadt. Es ist die wesentlichste Minderheitenschutzbestimmung, die es überhaupt gibt. Der italienischen Verfassungsgerichtshof - ich habe die Urteile ja noch und noch -, der nicht für die Autonomie eingetreten ist und der die sogenannte Koordinierungsbefugnis zugelassen hat, daß also die Zentralregierung und das Parlament autonome Befugnisse abschaffen können, wenn es im nationalen Interesse ist, hat in mehreren Urteilen gesagt, daß der Proporz als Minderheitenschutzbestimmung durch den Artikel 6 der italienischen Verfassung gedeckt ist und den EU-Normen, soweit man sie als zuwiderlaufend, als widersprechend ansehen kann, auch widersteht.

Der italienische Verfassungsgerichtshof hat das gesagt und in einem Urteil hat er gesagt, daß Italien stolz darauf ist, daß es Minderheitenschutzbestimmungen hat, so daß es sich echt als ein multinationaler Staat qualifiziert, der neben dem italienischen Volk auch andere Völker mit all ihren Rechten beherbergen kann. Die Vereinten Nationen haben am 18. Dezember 1992 eine Resolution gefaßt - sie ist einstimmig gefaßt worden und damit Völkerrecht geworden -, in der sie sagen, daß die Staaten der Welt alles unternehmen sollten, damit Minderheiten auf ihrem Territorium, das sie mehrheitlich besiedeln, ihre Mehrheit behaupten können und eigenständig verwaltet werden, daß sie ihre Kultur und ihre Sprache behaupten können und daß sie ihre Mehrheit auf dem angestammten Territorium behaupten können. Warum ist der Proporz eingeführt worden? Der Faschismus hat in den 20er Jahren alle Staatsangestellten und auch die Gemeindesekretäre, die Südtiroler waren, durch Italiener aus den alten Provinzen ersetzt. Deswegen hat es den Proporz gebraucht, um in dieser Hinsicht ein faschistisches Unrecht wieder gutzumachen und jetzt ist die SVP im Begriffe oder hat es schon getan, die wesentlichste Minderheitenschutzbestimmung, die wir überhaupt mit dem Paket erreicht haben, abzuschaffen.

PRÄSIDENT: Wir stimmen jetzt namentlich ab über den Antrag Benedikter. Wir beginnen alphabetisch und bitten den Abgeordneten Willeit mit dem Buchstaben A zu beginnen.

(segue votazione per appello nominale)

DIVINA: Achmüller (*nein*), Alessandrini (*no*), Andreotti (*non presente*), Atz (*nein*), Benedetti (*no*), Benedikter (*nein*), Benussi (*no*), Berger (*no*), Binelli (*no*), Boldrini (*non presente*), Bolzonello (*no*), Bondi (*no*), Casagrande (*no*), Chiodi-Winkler (*no*), Cigolla (*no*), Conci-Vicini (*non presente*), Dalbosco (*non presente*), Delladio (*non presente*), Denicolò (*non presente*), De Stefani (*non presente*), Di Puppò (*no*), Divina (*astenuito*), Durnwalder (*non presente*), Fedel (*non presente*), Feichter (*no*), Frasnelli (*nein*), Frick (*no*), Gasperotti (*non presente*), Giordani (*no*), Giovanazzi (*no*), Grandi (*no*), Holzer (*no*), Holzmann (*no*), Hosp (*no*), Ianieri (*no*), Kasslatter Mur (*no*), Klotz (*ja*), Kofler (*nein*), Kury (*nein*), Laimer (*nein*), Leitner (*ja*), Levegghi (*non presente*), Mayr C. (*nein*),

Mayr J. (*nein*), Messner (*nein*), Minniti (*no*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*non presente*), Moser (*no*), Munter (*nein*), Muraro (*no*), Pahl (*nein*), Palermo (*non presente*), Pallaoro (*no*), Panizza (*no*), Passerini (*no*), Peterlini (*nein*), Pinter (*no*), Romano (*no*), Saurer (*nein*), Tarfusser (*ja*), Taverna (*no*), Tosadori (*non presente*), Tretter (*no*), Valduga (*non presente*), Vecli (*no*), Viola (*no*), Willeit (*ja*), Zanoni (*non presente*), Zendron (*no*).

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:53

Ja-Stimmen: 5

Nein-Stimmen:47

Stimmenthaltungen: 1

Damit ist der Antrag abgelehnt. Jetzt kommen zwei Anträge vom Abgeordneten Willeit. Ich verlese sie beide, dann kann sie der Abgeordnete Willeit auch, wenn er es wünscht, zusammen erläutern.

Abänderungsantrag zum Artikel 18 Absatz 24

Dem ersten Satz wird folgender Satzteil hinzugefügt: „....., wozu auch die Funktionäre der Region und der gebietsmäßig zuständigen Autonomen Provinz zählen, welche mit der Aufsicht über die örtliche Körperschaften betraut sind.“

Emendamento all'art. 18, comma 24

Alla prima frase viene aggiunto il seguente periodo: „....., fra i quali si considerano anche i funzionari della Regione e della Provincia autonoma territorialmente competente, adetti al controllo degli enti locali.“

Abänderungsantrag zum Art. 18 Absatz 25

Nach der Worten „Kenntnis der italienischen und der deutschen Sprache“ werden folgende Worte eingefügt: „sowie der ladinischen Sprache für die ladinischen Gemeinden“.

Emendamento all'art. 18, comma 25

Dopo le parole „italiana e tedesca“ vanno inserito le parole: „nonché ladina per i comuni ladini“.

Bitte, Abgeordneter Willeit.

WILLEIT: Grazie signor Presidente, sarò brevissimo. Trattasi della composizione delle Commissioni giudicatrici dei concorsi pubblici nei comuni, la quale prevede la partecipazione di tecnici esperti nelle materie di concorso, nonché l'esclusione di alcune categorie ritenute, appunto, interessate.

Propongo, con questo mio emendamento, di specificare che fra gli esperti rientrano anche i funzionari delle Province autonome e della Regione, i quali normalmente vengono chiamati, in qualità di esperti, a far parte delle commissioni d'esame.

La situazione dovrebbe essere normale, da quanto mi sembra di aver compreso, nella Provincia di Trento, mentre nella Provincia di Bolzano sono sorte delle discussioni proprio ultimamente sulla compatibilità e anche sulla veste nella quale i funzionari provinciali partecipano a queste commissioni.

Normalmente i regolamenti comunali, o degli enti locali, prevedono che sia chiamato un esperto provinciale, gli altri membri vengono chiamati fra le varie categorie locali del comune o dei comuni limitrofi o del consorzio.

Per chiarire il diritto e la possibilità che vengano chiamati, in base al regolamento comunale, anche esperti proprio dai ranghi del personale provinciale o regionale, fattispecie concretamente in atto, ma non sotto il profilo politico. Per sanzionare questa possibilità di diritto propongo l'emendamento a questo comma per inserire fra gli esperti anche i funzionari delle amministrazioni provinciali dai quali possono attingere gli enti locali.

PRÄSIDENT: Danke. Abgeordneter Taverna? Nicht, dann stimmen wir ab zuerst über den Antrag zu Absatz 24. Ich sehe keine Wortmeldung. Präsident Grandi, bitte.

GRANDI: Volevo dire che per quanto riguarda l'emendamento n. 12.480, trattandosi di una semplice specificazione può essere accolto dalla Giunta, invece riteniamo che non può essere accolto il secondo emendamento perché nei fatti è pressoché impossibile riuscire a comporre una commissione fatta da componenti che contemporaneamente conoscano sia la lingua italiana che quella tedesca che quella ladina.

La nostra non è una obiezione di principio ma è più attinente, secondo anche quanto viene fatto presente da parte dei nostri funzionari e dirigenti del servizio, che sarebbe pressoché impossibile trovare persone disponibili a comporre una commissione che abbiano tutte queste caratteristiche; quindi per ragioni pratiche riteniamo di non poter accogliere il secondo emendamento.

PRÄSIDENT: Danke. Abgeordneter Willeit zur Replik, bitte.

WILLEIT: Non intendo replicare all'osservazione del Presidente della Giunta in merito al secondo emendamento riguardante i requisiti dei commissari. Desidero prima esporne le ragioni per cui chiedo al Presidente di mettere a votazione il primo emendamento, quello su cui anche la Giunta si è dichiarata d'accordo.

PRÄSIDENT: Wir stimmen ab über den Absatz 24. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Das scheint mir die breite Mehrheit zu sein. Wer stimmt dagegen? Niemand, und wer enthält sich der Stimme? Niemand, damit ist der Antrag Willeit im ersten Teil einstimmig genehmigt.

Jetzt kommt der zweite Antrag zu Absatz 25. Der Abgeordneter Willeit möchte noch etwas sagen. Bitte, Abgeordneter.

WILLEIT: Non ho avuto modo di parlare di questo emendamento che è a sé stante, il punto 25 che riguarda i comuni della sola provincia di Bolzano e prevede per i commissari di queste commissioni l'obbligo del patentino cioè l'obbligo di conoscere la lingua italiana e tedesca. Ciò per le semplici ragioni che stanno esercitando una funzione pubblica, una funzione di un organo comunale che sta esaminando candidati che devono essere a loro volta in possesso del patentino per poter partecipare al concorso ed ecco che io, per ragioni prima di tutto di parità giuridica, ma anche per ragioni di diritto positivo dico quanto che vale per i commissari nei comuni di tutta la provincia in ordine alle due lingue dove valerà pure per gli otto comuni nei quali i commissari devono conoscere pure la lingua dei candidati che stanno esaminando, la lingua in uso nell'ente di cui stanno esercitando le funzioni. La regola vigente è la stessa, e purtroppo signor Presidente della Giunta, non corrisponde al vero che non si trovano dei commissari adatti per questi otto comuni; se ne trovano quanti se ne desidera; non solo per tre ma anche per sei lingue, ma si tratta appunto della parità del diritto nel rapporto tra esaminatore ed esaminando, della parità delle lingue nei comuni delle valli ladine. Dunque è un obbligo, a mio avviso, richiedere comunque questo requisito, indipendentemente da questa norma ed i comuni dovrebbero richiederlo se avessero un minimo di criterio, perché sarebbe ridicolo chiamare a giudicare concorrenti di un comune ladino da una commissione che non conosce il ladino e pretendere dai candidati il rispettivo patentino. Ribadisco che non vi è problema alcuno a reperire i commissari che conoscano pure il ladino. Ve ne sono in abbondanza.

PRÄSIDENT: Danke. Jetzt stimmen wir ab über die Hinzufügung der ladinischen Sprache bei Absatz 25. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Bei 5 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen ist der Antrag abgelehnt.

Ich mache jetzt nur darauf aufmerksam, daß zum Absatz 57 die Kommission eine neue Formulierung vorgelegt hat, aber über diese brauchen wir nicht getrennt abzustimmen, denn sie liegt schon vor, auch daß der Einleitungsabsatz geändert worden und der Absatz e) abgeschafft worden ist. Jetzt könnten wir über den gesamten Artikel 18 abstimmen. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dafür? Wer stimmt dagegen? 4 Gegenstimmen, und wer enthält sich der Stimme? Bei 4 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen ist der Artikel 18 genehmigt.

Jetzt kommen wir zum Artikel 19 und da gibt es keine Bemerkungen. Doch, und zwar der Absatz 11 ist von der Kommission neu formuliert worden und dann ist nichts mehr bis zum Absatz 38 und dort ist auch eine neue Formulierung der Kommission. Der Absatz 40 ist auch von der Kommission neu formuliert worden und dann ist fertig. Keine Abänderungsanträge? Keine Wortmeldungen? Stimmen wir ab über den Artikel 19. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Danke, wer stimmt

dagegen? 4 Gegenstimmen, und wer enthält sich der Stimme? 7 Enthaltungen, und damit ist der Artikel 19 genehmigt.

Artikel 20 ist neu formuliert worden - da geht es um diese Bürgermeister - bei dem der Regierung Rechnung getragen worden ist. Keine Wortmeldungen? Wir stimmen ab über den Artikel 20. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben? Danke. Wer stimmt dagegen? 3 Gegenstimmen, und wer enthält sich der Stimme? Bei 7 Enthaltungen, 3 Gegenstimmen und dem Rest Ja-Stimmen ist der Artikel 20 genehmigt.

Wir kommen dann zum Artikel 21-bis, da geht es um die Stimmzähler und er ist von der Kommission eingeführt worden. Entschuldigung, zuerst müssen wir ja den Artikel 21 machen. Danke, Frau Abgeordnete Kury. Bei Artikel 21 sind keine Änderungen und wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dafür? Danke, wer stimmt dagegen? Enthaltungen? Bei 7 Enthaltungen, 5 Gegenstimmen und dem Rest Ja-Stimmen ist der Artikel 21 genehmigt.

Jetzt kommen wir zum Artikel 21-bis: Aufwandsentschädigung für die Stimmzähler und eine Bestimmung für die Behinderten. Keine Wortmeldungen? Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Danke, wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Bei 5 Enthaltung, 6 Nein-Stimmen und dem Rest Ja-Stimmen ist der Artikel 21-bis genehmigt.

Jetzt kommt der Artikel 21-ter und das ist der letzte Artikel, Protokollnummer 12458, Finanzbestimmungen, er ist vom Ausschuß vorgelegt worden. Ich verlese:

Art. 21-ter
(Norma finanziaria)

1. Agli oneri relativi all'applicazione dell'articolo 22, che ammontano a lire 600 milioni per l'esercizio 1998 si farà fronte con i fondi già stanziati sul capitolo 1500 per l'esercizio finanziario in corso.

2. Per gli esercizi successivi si provvederà con legge di bilancio ai sensi dell'articolo 7 e nei limiti dell'articolo 14 della legge regionale 9 maggio 1991, n. 10.

Art. 21-ter
(Finanzbestimmung)

1. Die sich aus der Anwendung des Artikels 22 ergebenden Ausgaben, welche sich auf 600.000.000 Lire belaufen, werden für das Haushaltsjahr 1998 durch die Mittel gedeckt, die im Kapitel 1500 für das laufende Haushaltsjahr bereits zweckgebunden wurden.

2. Die Ausgaben für die darauffolgenden Haushaltsjahre werden durch Haushaltsgesetz im Sinne des Artikels 7 und in den Grenzen gemäß Artikel 14 des Regionalgesetzes vom 9. Mai 1991, Nr. 10 gedeckt.

Wortmeldungen zum Finanzartikel? Keine, dann stimmen wir ab über den Finanzartikel. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Danke, das ist die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? 3 Gegenstimmen, und wer enthält sich der Stimme?

Bei 10 Enthaltungen, 3 Gegenstimmen und dem Rest Ja-Stimmen ist der Artikel 21 genehmigt.

Erklärungen zur Stimmabgabe? Abgeordneter Benedikter, bitte.

BENEDIKTER: Ich erkläre, daß ich dagegen stimme und zwar deshalb, weil noch einmal der Regionalrat mit Zustimmung der SVP den Proporz abgeschafft hat. Man soll jetzt nicht sagen, er ist ja nicht abgeschafft worden, er gilt ja für die Staatsbürger, er gilt nur nicht für die EU-Bürger. Der Proporz ist mit dem Artikel 89 des Autonomiestatutes und durch das Paket als eine der wesentlichsten Minderheitenschutzbestimmungen gegen das Unrecht des Faschismus eingeführt worden, der alle öffentlichen Angestellten, alle Staatsangestellten und halbstaatlichen Angestellten einschließlich der Gemeindesekretäre mit Italienern ersetzt hat, deswegen ist der Proporz eingeführt worden, aber nicht als vorübergehende Maßnahme, sondern ein für allemal, daß eben diese Minderheit, die da geschützt werden soll, das Recht hat, sich durch Beamte der eigenen Sprachgruppe verwalten zu lassen, wie es in allen großen Staaten der Welt, wo mehr oder weniger auch große und kleine Völker leben, die sich vom eigentlichen Staatsvolk unterscheiden, eben heute Verfassungsgesetz ist, ein internationales Recht, das auch durch die Vereinten Nationen bekräftigt ist. Jetzt geht die SVP her und schafft diesen Proporz ab! Wenn ich sage, so wie der Artikel 89 im Autonomiestatut lautet und der Artikel 61, daß die öffentlichen Stellen proporzmäßig besetzt werden müssen, dann kann ich nicht gleichzeitig sagen, daß wenn ein Staatsbürger eines Mitgliedstaates der EU daherkommt, er sich nicht an den Proporz zu halten braucht, er muß auch nicht die Staatsbürgerschaft haben und muß sich damit auch nicht an den Proporz halten. Damit gebe ich zu, daß die Minderheitenschutzbestimmung eben keinen Sinn mehr hat, daß sie im sogenannten Vereinten Europa keinen Sinn mehr hätte und das glaube ich hat weder das Europäische Parlament in Brüssel noch die Europäische Kommission in Luxemburg zugegeben, sondern im Gegenteil, sie haben festgestellt, daß die Minderheiten mit Sonderbestimmungen geschützt werden müssen, die sich mit den allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Schmelztiegel nicht decken, sonst gäbe es ja keinen Minderheitenschutz, wenn der Schmelztiegel ebensogut in Südtirol gelten würde wie meinetwegen auch anderswo. Gegen diese Bestimmung, die uns vor dem Schmelztiegel im öffentlichen Leben retten würde, hat die Mehrheit des Regionalrates, also die Italiener, aber auch die SVP gestimmt und die SVP hat heute noch einmal bekräftigt, daß sie einverstanden ist, wenn der Proporz im Zeichen des europäischen Schmelztiegels abgeschafft wird. Danke.

PRÄSIDENT: Danke, Abgeordneter Benedikter. Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Zendron. Bitte, Frau Abgeordnete.

ZENDRON: Vorrei riassumere la nostra posizione che è stata chiarita in discussione generale, una posizione di astensione per alcuni problemi che questa legge evidenzia.

Volevo ribadire anche l'importanza di questo provvedimento che giunge in enorme ritardo rispetto a quanto non si è visto in tutte le altre regioni italiane. Noi

arriviamo ultimi degli ultimi a dare ai comuni ed ai sindaci eletti direttamente quegli strumenti di lavoro di modernizzazione e di miglioramento delle amministrazioni locali che gli altri hanno già da molto tempo, per cui questo è un aspetto sicuramente positivo da un lato, ma che dall'altro torna come una critica pesante a questa Giunta che ha combinato poco, e per fortuna all'ultimo momento, più per la spinta delle opposizioni e delle minoranze, perché se fossimo stati alle richieste di discussione di questo disegno di legge, per altro preparato nel periodo in cui assessore era la collega Chiodi, se avessimo aspettato che Grandi chiedesse quando si faceva questa legge non l'avremmo mai fatta. Sono state le minoranze ad insistere, perché si facesse una legge che dovrebbe essere stata il primo punto importante per una Giunta responsabile.

Vorrei anche aggiungere che le modifiche che sono state apportate oggi sono migliorative, cioè il Governo ha tolto alcune cose che la maggioranza della Regione insisteva ancora a tenere e cioè ad andare contro il principio della separazione tra amministrazione e gestione politica e, ad esempio, quello che c'è all'art. 19, comma 57, in cui voleva impedire questa nuova regolamentazione per cui un impiegato della Regione può anche svolgere un altro lavoro. Non si capisce perché l'ente pubblico debba entrare così pesantemente nelle scelte private di un cittadino.

Queste cose hanno comportato anche in passato dei problemi concreti a dei cittadini, i quali si lamentavano del fatto che nelle altre Regioni d'Italia ci fosse una regolamentazione avanzata.

Il merito però non è di questa Giunta, né del suo Presidente, il quale non ha mai chiesto con convinzione che questa legge venisse discussa. Abbiamo invece visto come il capogruppo dello SVP abbia fatto di tutto perché la legge non venisse discussa ed approvata.

PRÄSIDENT: Danke. Der nächste Redner ist der Abgeordnete Willeit. Bitte.

WILLEIT: Comunico le mie poche osservazioni finali a queste modifiche della legge e non alla legge nella sua interezza, annunciando la mia astensione al voto in quanto condivido, in primo luogo, pienamente le osservazioni del collega Benedikter circa l'importanza del criterio territoriale per la tutela delle minoranze linguistiche soprattutto per coloro che non hanno garanzie alternative ugualmente sicure e fra i tre gruppi linguistici della provincia di Bolzano, né nel caso della proporzionale, né tantomeno nel caso della lingua ufficiale, un gruppo - cioè quello ladino - è alla pari degli altri.

E' chiarissima la posizione della lingua, è chiarissima anche la garanzia inferiore per quanto concerne il criterio proporzionale. Queste due sono le garanzie alternative alla cittadinanza, che vengono pure dall'Europa, ma intanto devono aggregarsi ad uno dei tre gruppi, fermo restando l'obbligo del patentino, quali garanzie per le minoranze di lingua tedesca, del gruppo di lingua italiana e per metà anche di un quarto gruppo per il quale la cittadinanza come criterio territoriale della tutela risulta ancora più importante che per gli altri due. Anche loro debbono potersi richiamare all'art. 6 della Costituzione che ancora una volta si ricollega in primo luogo allo status di cittadino italiano e non allo status di cittadino europeo. Questo per quanto riguarda la

tutela territoriale; il secondo motivo della mia astensione riguarda l'emendamento poc'anzi respinto in base a motivi purtroppo inesistenti o comunque del tutto illogici e mi dispiace che un Consiglio così importante, un Consiglio così qualificato adotti in continuazione delle delibere senza fondamento, senza chiedersi neanche la ragione perché in questo caso, pur non essendo tra quelli più importanti, ma riguardanti la parità dei diritti, si delibera senza chiedersi il perché.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter
Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Se nessun altro intende intervenire in dichiarazione di voto distribuisco le schede.

Comunico l'esito della votazione al disegno di legge n. 86:

Votanti	51
schede favorevoli	34
schede contrarie	7
schede bianche	8
schede nulle	2

Il Consiglio approva.

Siamo in votazione del passaggio alla discussione articolata del disegno di legge n. 114.

Chi è favorevole? Chi è contrario? Chi si astiene?

Con un voto di astensione, tredici voti contrari e tutti gli altri favorevoli, il passaggio alla discussione articolata è approvato.

Do lettura dell'art. 1:

Art. 1
(Individuazione dei responsabili
dei servizi)

1. Il sindaco, sentita la giunta comunale individua i responsabili dei servizi previsti dal regolamento di cui all'articolo 21 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1. Fino alla data di entrata in vigore della nuova normativa sullo stato giuridico dei segretari comunali, sostitutiva del Titolo II della legge regionale 5 marzo 1993, n. 4, nei comuni privi di direttore generale il sindaco, sentita la giunta comunale, può riservare a sé o affidare a singoli componenti dell'organo esecutivo medesimo la responsabilità dei servizi individuati dal regolamento di cui all'articolo 21 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1, o di parte di essi unitamente al potere di assumere gli atti di gestione.

Prego di dare lettura del testo in lingua tedesca.

DIVINA:

BINELLI: Prendo la parola su questo disegno di legge, avrei voluto farlo nel precedente ma era molto importante che la legge di riforma e di riordino contabile dei comuni andasse in porto e allora le osservazioni che intendevo fare sul tema in discussione oggi e che comunque ho già anticipato anche in commissione, le porto in questa discussione.

Devo dire che voterò questo disegno di legge e, diversamente dalla collega Zendron, faccio un ragionamento assolutamente diverso ed opposto ovvero sia su questo argomento c'è un duplice schieramento: da una parte stanno quelli che credono nelle nostre tradizioni e nelle nostre competenze autonomistiche e dall'altro stanno coloro che viceversa vogliono uniformare tutto a livello nazionale sull'uso e costume italico.

Vorrei dire che in prima battuta vorrei fare una reprimenda alle censure del Governo, censure capziose sul disegno di legge n. 86 perché le censure poste sono assolutamente insignificanti rispetto al contesto generale della riforma, da un lato perché la censura relativa alla incompatibilità o ineleggibilità dei sindaci che era stata introdotta con l'emendamento è un principio già contenuto nel nostro ordinamento giuridico elettorale quindi non si innovava assolutamente in tal senso ma veniva semplicemente cambiato il riferimento numerico del numero degli abitanti, in secondo luogo l'altro grande rilievo governativo, precedente e prioritario rispetto a quello dell'ineleggibilità, c'era proprio questo della netta distinzione dei ruoli non affidabilità cioè di funzioni amministrative agli assessori ed al sindaco dei comuni piccoli. Anche in questo si vede la differenza del territorio nazionale rispetto alla realtà della nostra storia e già lì si vede il centralismo di questo Governo, là dove ignora volutamente le tradizioni di autogoverno delle nostre amministrazioni, anche della polverizzazione dei campanili dei consigli comunali ma che fanno parte della nostra grande storia di questa terra e il Governo ha voluto ignorare perché non si può non tenere presente che i comuni medi del Trentino-Alto Adige, ad eccezione fatta per le città, quindi detraendo dalla popolazione complessiva quella delle città, abbiamo dei comuni medi che sono attorno ai 1.500 abitanti in provincia di Trento e 2.000 abitanti in provincia di Bolzano. Non si può ignorare questo quando il comune medio del rimanente territorio nazionale si attesta sui 50-60 mila abitanti. Allora fare una riforma economico sociale per comuni che mediamente si attestano sui 50-60 mila abitanti, non si può pretendere che la stessa riforma sia calzabile per i comuni di medie dimensioni di 1.500 abitanti. Se l'autonomia non serve a questo, possiamo veramente farne carta da macero, ed è il Governo che di fronte a questa storia ha fatto orecchie da mercante, vuole unificare e uniformare tutto. Invece noi, che siamo attenti alla nostra storia e alla nostra specificità, rimarchiamo questo. Avrei voluto politicamente che questo Consiglio approvasse il disegno di legge nel testo integrale rinviandolo di nuovo al Governo e fare la prova di forza con il Governo e far valere effettivamente quello che conta l'autonomia. In questo consentitemi anche una censura ed una tirata di orecchie ai parlamentari dello SVP che sostengono un Governo arrivista, che calpesta queste nostre decisioni.

Non possiamo ignorare il fatto che i comuni di montagna mediamente arrivano a 1.500 abitanti in provincia di Trento e a 2.000 in provincia di Bolzano e se vogliamo addirittura l'80% dei comuni della provincia di Trento sono al di sotto dei 1.000

abitanti. Allora può darsi che manchi, nelle strutture comunali quella professionalità che andrebbe richiesta, perché certe funzioni siano svolte come vanno svolte e allora, proprio per questo, è giustificata e giustificabile la riserva di affidare nella figura del sindaco o nella figura di qualche assessore comunale determinate funzioni che non possono trovare collocazione all'interno della struttura dei piccoli comuni proprio perché piccoli. Allora l'ipotesi è: o eliminiamo i piccoli comuni - la legge Bondi partiva dalla esigenza di sopprimere i comprensori, ma in realtà sopprimeva i comuni perché li obbligava ad associarvi fino all'unificazione - nel momento nel quale si vogliono trasferire ulteriori funzioni rispetto a quelle che già ci sono ai comuni, tenuto conto che i piccoli comuni della provincia di Trento non possono svolgere bene neanche quelle che già hanno, volendo trasferire ad essi nuove funzioni significherebbe arrivare alla soppressione dei comuni per giungere ad un loro accorpamento. Questo potrebbe essere anche un obiettivo condivisibile, però non può essere un obiettivo imposto ma volontario, quindi fatto sulla persuasione, e questa è la differenza se vogliamo che si distingua una formazione politica autonomista disancorata dalle logiche nazionali rispetto alle formazioni così dette centraliste ancorate agli schemi nazionali. Qui ce n'è più di una e anche in questa occasione vediamo che ci sono. Non voglio tirarla lunga e innescare polemiche, però questo disegno di legge mi consente di farlo, essendo composto di un solo articolo. E' evidente che con queste argomentazioni sottoscrivo e sostengo l'articolo in questione. Dico anche che avrei sottoscritto l'articolo in questione se fosse rimasto nel vecchio disegno di legge n. 86 e avrei fatto la prova di forza con il Governo perché esso non può farsene un baffo delle nostre competenze statutarie in nome di una non bene dichiarata riforma economico sociale o principio di riforma economico sociale. Abbiamo capito che l'argomentare della censura governativa è francamente appiccicato ai vetri, allora io da autonomista che crede in questa terra, nelle sue competenze e nella capacità di autogoverno ovviamente non posso condividere queste impostazioni e allora, diversamente dal ragionamento della collega Zendron, partendo da presupposti diversi non posso arrivare alle stesse conclusioni ovviamente, perché io sono un autonomista e credo nell'autonomia e questo fa la differenza.

PRESIDENTE: Ha chiesto di poter intervenire la collega Chiodi, ne ha facoltà.

CHIODI: Molto brevemente per dire che io non voterò questo disegno di legge, non voterò questo articolo di questo disegno di legge perché ho ascoltato anche attentamente quello che ora diceva il collega Binelli su questo Governo centralista e che va contro le tradizioni autonomistiche. Mi sono chiesta, mentre stava parlando, se questo Governo è contro l'autonomia visto che ci ha dato le competenze delle scuole, delle strade e tante altre.

Vorrei vedere se un altro Governo fatto da quelle maggioranze che piacciono tanto a lei, avrebbe concesso tanto; io non lo credo.

Per quanto riguarda il discorso di questo disegno di legge che è legato al provvedimento n. 86, collega Binelli, se c'era la certezza che i punti che sono stati respinti dal Governo e per i quali valeva la pena avere andare allo scontro, ricordo che la sua forza politica, di

cui lei è capogruppo, fa parte della maggioranza, dovevate giocarvelo, bastava che la maggioranza fosse d'accordo, riapprovavamo la legge così come era stata respinta dal Governo ed andavamo alla Corte. Mi pare invece che la stessa maggioranza, di cui lei è rappresentante in quest'Aula, non ha accettato e dico anche che un emendamento rinviato dal Governo era proprio un emendamento di maggioranza.

E' una scelta politica. La maggioranza non ha voluto andare alla Corte; la legge serviva, può darsi che ci sia stato un ragionamento al di sopra delle parti ma ho dei seri dubbi perché, se questo ragionamento significa approvare una legge poco fa stralciata dei punti censurati, per cui reinserirli in altro disegno di legge nuovo...

Mi piacerebbe che il Presidente Grandi invece di telefonare mi ascoltasse.

Mi pare che a livello di logica e di proposte questo non sia decisamente il modo migliore per proporre un disegno di legge anche perché non sono mai intervenuta presso il Governo perché credo che non sia compito di un consigliere regionale. A me sembra estremamente scorretto un comportamento simile, Presidente Grandi. Ci saranno scelte politiche che siamo in grado di fare perché ci ragioniamo sopra o stiamo qui a giocare perché così pensiamo che nel segreto dell'urna questi articoli verranno bocciati? E' meglio che ce lo diciamo subito. Contesto anche una parte del discorso fatto dal collega Binelli sui comuni piccoli e sul progetto di legge Bondi che voleva abolire i piccoli comuni. Lei, collega Binelli, sa benissimo che non si andava in questa direzione, invitavamo i comuni piccoli e i comuni medi ad aggregarsi.

La mia forza politica e i colleghi che fanno gruppo insieme a me voteranno contro questo articolo anche per una coerenza politica. Dobbiamo anche smetterla di giocare in quest'Aula. A me non pare corretto, Presidente Grandi che continui a telefonare, pertanto le chiedo di prendere posizione.

PRESIDENTE: Collega Taverna, è arrivato il suo momento.

TAVERNA: Mi ero ripromesso di non prendere più la parola fino alla scadenza della legislatura ma il collega Binelli, in un intervento estemporaneo, ha parlato prevalentemente sul disegno di legge n. 86 quando questo è già stato votato; ha fatto alcune affermazioni a carattere politico che non possono passare inosservate.

La prima contraddizione nella quale è incorso il collega Binelli riguarda, molto probabilmente, il dono che egli ha della doppia personalità. A Trento è il dott. Jackill e a Bolzano è Mr. Hide. Mi spiego: quando giustamente il collega Binelli protesta circa la mancanza di coraggio che l'assemblea regionale ha dimostrato in occasione della reiezione del disegno di legge n. 86 a proposito della questione relativa alla ineleggibilità dei sindaci e degli assessori, noi abbiamo stigmatizzato il comportamento che la maggioranza ha assunto a proposito della decisione politica di espungere, dal disegno di legge n. 86, gli articoli sottoposti a censura governativa. Questo atteggiamento l'abbiamo stigmatizzato non tanto perché fosse colpa del Governo statalista e accentratore di una presunta ingerenza sui poteri autonomistici, quanto perché, a nostro giudizio, l'intervento del Governo è stato scorretto e sbagliato sul piano giuridico e sul piano del rispetto della sovranità del Consiglio regionale. Da questo

punto il Consiglio regionale avrebbe dovuto tenere fede alle proprie deliberazioni e quindi avrebbe dovuto giungere al contenzioso di fronte alla Corte costituzionale per violazione, da parte del Governo, dell'autonomia e quindi della sovranità del Consiglio per quanto riguarda materie espressamente esclusive che sono di competenza del Consiglio regionale e il collega Binelli giustamente si è lamentato, lo ha fatto a scoppio ritardato ma lo ha pur fatto, dimenticandosi appunto di questa sua appartenenza ad un gruppo di maggioranza quindi esiste già, nel suo comportamento, questa prima contraddizione; ma ce n'è un'altra, signor Presidente del Consiglio, sempre testimoniata e provata dal comportamento del collega Binelli il quale facendo parte della Giunta provinciale, e quindi essendo assessore, si dimentica che il Governo in occasione dell'approvazione del disegno di legge n. 190 questo disegno di legge è stato vistato dal Governo con la così detta formula del visto limitato in relazione a quell'articolo che è stato espunto dal complesso articolato. Allora delle due: o il collega Binelli è difensore della sovranità del Consiglio in tutte le occasioni e in tutte le circostanze a prescindere che faccia parte o meno della maggioranza del Consiglio regionale, e a prescindere che faccia parte o meno della maggioranza in Consiglio provinciale, ma fin tanto che il collega Binelli non è nella condizione di poter superare questa duplice contraddizione, la terza contraddizione, quella più politica, riguarda il collega Binelli che è qui falsamente a testimoniare una presunta vocazione autonomistica nella difesa di principi e istituti autonomistici e qui crolla non soltanto la maschera al collega Binelli ma anche al Partito Autonomista Trentino Tirolese.

Volevo dire queste piccole cose, signor Presidente del Consiglio, lei mi comprende circa la sincerità che mi ha mosso nel contestare al caro collega Binelli questa sua triplice contraddizione, che non è soltanto la sua ovviamente, ma va estesa a tutti coloro che in nome dell'autonomia cercano fortune elettorali o elettoralistiche.

Per quanto riguarda il disegno di legge n. 114 dichiaro a nome di Alleanza Nazionale che noi non approveremo questo disegno di legge perché, per quanto riguarda la sua formulazione, contrasta con i principi di riforma economico-sociale che comunque anche noi, nel rispetto di quella collaborazione istituzionale che deve pur esistere e sussistere tra la Regione e lo Stato, questa nostra attenzione al principio, a cui prima facevo riferimento, non può più trovare adesione e quindi il disegno di legge, andando contro questi principi, va anche contro questa coerenza alla quale prima facevo riferimento e questo intervento vale anche come dichiarazione di voto che anticipo e quindi Alleanza Nazionale voterà contro il disegno di legge n. 114.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter, ne ha facoltà.

BENEDIKTER: Da geht es um die Durchführung wie es in der Rückverweisung heißt. In der Rückverweisung heißt es, daß eben die im Artikel 17 Absatz 6 enthaltenen Bestimmungen rückverwiesen werden, da sie dem Bürgermeister oder anderen Ausschußmitgliedern die Verantwortung für Dienste, die in der Gemeindeordnung enthalten sind, vorbehalten, was im Widerspruch zu den wirtschaftlich sozialen Reformgrundsätzen gemäß Artikel 2 Buchstabe g) des Gesetzes vom 23. Oktober 1992,

Nr. 421 steht, welche bestimmen, daß die Aufgaben für die politische Führung von denen der Verwaltungsführung getrennt werden müssen.

Ich meine es ist schon üblich, daß derjenige, der das Gesetz einbringt - in diesem Fall der Regionalausschuß und damit der Präsident - auch zuhört. Ich habe das Recht angehört zu werden. Bitte, Herr Peterlini und Herr Grandi, ich habe das Recht angehört zu werden.

Der Einwand betrifft das Staatsgesetz, das wirtschaftlich-soziale Reformgesetz vom 23. Oktober 1992 Nr. 421. Das ist in Kraft getreten und das sind jetzt sechs Jahre her und da haben wir ja die sogenannten Durchführungsbestimmungen, das Legislativdekret vom 16. März 1992, Nr. 266 über die Beziehung zwischen staatlichen und regionalen Gesetzgebungsakten und Landesgesetzen sowie über die staatliche Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis. Da steht im Artikel 2: Die Gesetzgebung der Region und der Provinzen ist den Grundsätzen und Bestimmungen, die die in den Artikeln 4 und 5 des Sonderstatutes angeführten Grenzen darstellen und in einem Gesetzgebungsakt des Staates enthalten sind, innerhalb der sechs Monate nach Veröffentlichung des Staatsgesetzes im Gesetzblatt der Republik oder innerhalb der darin vorgesehenen längeren Frist anzupassen.“ Jetzt sind sechs Jahre vorbei und dann steht, daß nach Ablauf der Frist von sechs Monaten die nicht angepaßten Gesetzesbestimmungen der Region und der Provinzen im Sinne des Artikels 97 des Sonderstatutes wegen dessen Verletzung vor dem Verfassungsgerichtshof angefochten werden können. Die Anfechtung kann innerhalb von 90 Tagen nach Beschlußfassung des Ministerrates vom Präsidenten des Ministerrates vorgebracht werden und wird innerhalb 20 Tagen nach Zustellung an den Präsidenten des Regionalausschusses in der Kanzlei des Verfassungsgerichtshofes hinterlegt.

Hier sind nicht sechs Monate für die Anpassung vergangen, sondern es sind sechs Jahre vergangen, es fehlt noch ein Monat auf die sechs Jahre. Da kommt jetzt ein Regionalgesetz, das sagt, daß bis zum Inkrafttreten der neuen Bestimmungen über die dienstrechtliche Stellung der Gemeindesekretäre, welche den 2. Titel des Regionalgesetzes vom 5. März 1993 ersetzen sollen, der Bürgermeister in den Gemeinden, die keinen und so weiter... Er kann weitermachen, als ob es dieses Gesetz vom 23. Oktober 1992 nicht geben würde. Ich frage mich, hat die Zentralregierung, der Ministerrat, hier den Artikel 2 der Durchführungsbestimmungen vom 16. März 1992, Nr. 266 nicht angewendet oder besteht hier die Anfechtung beim Verfassungsgerichtshof und behängt sie noch. Ich frage mich erstens: Die Zentralregierung macht ja die Bestimmung der Gemeindeordnung der Region geltend, die heuer am 8. Juli beschlossen worden ist und sie widerspricht im Artikel 17 Absatz 6 diesem Reformgrundsatz des Gesetzes vom Oktober 1992. Sie macht das geltend, nachdem die Region nach rund sechs Jahren mit der Übernahme der staatlichen Reformgrundsätze kommt. Meiner Ansicht, wenn wir überhaupt in einem Rechtsstaat leben - und das bezweifle ich - müßte ja die Zentralregierung nicht nur das geltend machen und bei diesem Einwand bleiben, den sie da gemacht hat und diesen zusätzlichen, diesen Sondergesetzentwurf eben rückverweisen, sondern die Anfechtung beim Verfassungsgerichtshof vollziehen bzw. die Bestimmungen, um die es hier geht,

die die Region innerhalb von sechs Monaten hätte übernehmen sollen, anfechten oder feststellen, daß sie inzwischen auch einfach für die Region geltendes Recht sind und daß die Gemeinden sich daran halten müssen, wenn überhaupt Italien ein Rechtsstaat ist. Da heißt es, die Region muß sich an die wirtschaftlich-sozialen Reformgrundsätze, nachdem sie als solche erklärt worden sind, halten und muß innerhalb von sechs Monaten diese Reformgrundsätze mit Regionalgesetz übernehmen.

Wenn die Übernahme nicht erfolgt, dann muß der Staat es beim Verfassungsgerichtshof anfechten, der dann erklären muß, daß die bestehenden Bestimmungen von Regionalgesetzen, die nicht angepaßt sind, außer Kraft sind und daß die Staatsgrundsätze in Kraft treten. Was dann die Region sonst macht, ist eine andere Sache, aber sie kann nicht ein solches Gesetz in Kraft treten lassen, in dem steht: bis zum Inkrafttreten der neuen Bestimmungen durch Regionalgesetz bleibt das alte Recht in Kraft, wo doch die Region sechs Jahre gewartet hat. Wenn wir noch im Rahmen der sechs Monate wären oder meinetwegen auch des ersten Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes 421, dann könnte man wahrscheinlich noch darüber reden. Wir sind aber schon im 6. Jahr seit Inkrafttreten dieser Reformgesetzgebung, wo eben diese Trennung zwischen politischer Amtsführung und rein verwaltungsmäßige Amtsführung ausdrücklich vorgesehen ist. Ich werde dagegen stimmen, weil das mit einem Rechtsstaat nichts mehr zu tun hat. Entweder man ist der Ansicht, daß das mit Autonomie nichts zu tun hat und diese Autonomie abgeschafft werden muß oder aber daß man sich, so lange sie gilt, an verfassungsrechtliche Reformgrundsätze halten muß. Nach sechs Jahren, nachdem das staatliche Reformgesetz in Kraft getreten ist, kann so etwas nicht gelten, kann es von der Zentralregierung nicht angenommen werden, wenn Italien überhaupt noch einen Rechtsstaat darstellen soll.

Assume la Presidenza il Presidente Peterlini **Präsident Peterlini übernimmt den Vorsitz**

PRÄSIDENT: Danke, Abgeordneter Benedikter. Wer meldet sich noch zu Wort? Niemand, dann stimmen wir ab über den Artikel 1. Wer mit dem Artikel 1 einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Beschlußfähigkeit? Das ist jetzt ein bißchen spät gekommen. Wer stimmt dagegen? 14 Gegenstimmen, und wer enthält sich der Stimme? 3 Enthaltungen. Die Überprüfung der Abstimmung ist verlangt worden. Ich bitte jetzt die Hände ein bißchen oben halten, weil wir sonst nicht zählen können.

Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben und ein bißchen oben lassen. Die Hand bitte oben halten, wir müssen zählen. 24 Ja-Stimmen, und wer stimmt dagegen? 16 Gegenstimmen, und wer enthält sich der Stimme? 1 Enthaltung. Damit ist die Beschlußfähigkeit gegeben und der Artikel ist genehmigt.

Abgeordneter Willeit, dürfte ich Sie bitten den Artikel 2 zu verlesen.

WILLEIT:

Art. 2

1. Absatz 1 des Artikels 62 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1991, Nr. 1 wird wie folgt ersetzt:

„Die Stellen der Stellenpläne oder die wie auch immer benannten Planstellen des Personals der Gemeinden, der Gemeindekonsortien oder gemeindeeigenen Betriebe der Provinz Bozen sowie der öffentlichen Körperschaften, die von der Region abhängig sind oder deren Ordnung unter die auch übertragene Gesetzgebungsbefugnis der Region fällt sowie der jeweiligen Betriebe auch mit autonomer Ordnung in der Provinz Bozen sind den Staatsbürgern jeder der drei Sprachgruppen im Verhältnis zur Stärke derselben vorbehalten, wie diese aus den bei der letzten amtlichen Volkszählung abgegebenen Zugehörigkeitserklärungen, bezogen auf das Gebiet, in dem die Körperschaft ihre Tätigkeit ausübt, hervorgeht. Die obgenannten Stellen werden auf Grund des für die Besetzung der Stelle vorgesehenen Studientitels nach Gruppen von Funktionsrängen oder nach Kategorien gegliedert.“.

Art. 2

1. Il comma 1 dell'articolo 62 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 viene sostituito dal seguente:

“1. I posti dei ruoli o degli organici comunque denominati del personale dei comuni, loro consorzi o aziende, della provincia di Bolzano, nonché degli enti pubblici dipendenti dalla Regione o il cui ordinamento rientra nella sua competenza legislativa, anche delegata, e relative aziende anche ad ordinamento autonomo in provincia di Bolzano, considerati per gruppi di qualifiche funzionali o per categorie, secondo il titolo di studio prescritto per accedervi, sono riservati ai cittadini appartenenti a ciascuno dei tre gruppi linguistici in rapporto alla consistenza dei gruppi stessi quale risulta dalle dichiarazioni di appartenenza rese nell'ultimo censimento ufficiale della popolazione, con riferimento all'ambito territoriale in cui l'ente esplica la propria attività.”.

PRÄSIDENT: Danke, für die Verlesung. Wir haben jetzt einen Streichungsantrag des Abgeordneten Ianieri mit vielen anderen Unterschriften.

WILLEIT: L'articolo 2 del disegno di legge n. 114 è abrogato.

Der Artikel 2 des Gesetzentwurf Nr. 114 ist aufgehoben. Unterzeichnet von den Abgeordneten Ianieri und anderen.

PRÄSIDENT: Bitte, Abgeordneter Ianieri zur Erläuterung.

IANIERI: Purtroppo approfittiamo del fatto che c'è stata, da parte del Governo, una censura all'art. 17 dell'ex disegno di legge n. 86 per ripresentare un disegno di legge dove oltre all'art. 1 si è colta l'occasione per inserire un art. 2 molto pericoloso che già questo Consiglio ha avuto occasione di trattare in più occasioni.

Da quando sono in Consiglio regionale, dal 1 luglio 1995, è ben la terza volta che mi trovo a dover discutere questo tentativo di modificare l'applicazione della proporzionale

nell'azienda elettrica consorziale della Provincia di Bolzano. Ci avevamo provato con la legge n. 4, con il disegno di legge n. 54, ci avevamo ancora riprovato nel giugno del 1997, ci si riprova nuovamente adesso. Questo è un emendamento che, presentato dal cons. Benedikter, e purtroppo approvato dalla commissione dove c'è stato però il voto contrario del cons. Benedetti e quello di astensione del cons. Boldrini. Questo è un tentativo di mutare i calcoli della proporzionale, come dicevo, nell'azienda elettrica consorziale di Bolzano e di Merano, a tutto svantaggio del gruppo linguistico italiano. E' un tentativo che non è nuovo, lo SVP ha già tentato altre volte di portare in porto il risultato di questo emendamento, l'ultimo è avvenuto con il disegno di legge n. 86, all'ultimo momento, quando stavamo per approvare il disegno di legge, che poi si bloccò.

In sostanza l'emendamento proposto per il calcolo della proporzionale non dovrebbe essere così come viene proposto dal cons. Benedikter, non dovrebbe essere più fatto sulla popolazione complessiva dei due comuni proprietari dell'azienda elettrica, ma prendendo a riferimento le quote di proprietà di ciascun comune.

Questo va contro lo spirito di quello che è l'art. 62. Sono delle regole che ci siamo dati, delle regole che devono essere rispettate. Non bisogna ogni volta cercare di andare a modificare la proporzionale a seconda se è più vantaggiosa o meno per un gruppo etnico. Sono delle regole che ci siamo dati e che dobbiamo rispettare o non cercare in ogni occasione di andarlo a modificare e questi sono tentativi che purtroppo, non solo da parte dello SVP, ma anche da parte degli altri amici dei partiti del gruppo linguistico tedesco, si coglie ogni occasione per poterlo portare a conclusione.

Se noi vogliamo effettivamente avere una collaborazione, fin che questa benedetta proporzionale c'è e comunque nel 2002 dovrebbe venire a decadere perché la norma risarcitoria così concepita nel 1972 era stato previsto che per un massimo di 30 anni doveva trovare applicazione, affinché venissero superati quelli che erano i torti che qualcuno diceva di aver subito, ora mi pare che l'abbiamo già largamente superato.

Insistere ancora oggi nell'andare ad apportare delle modifiche a questo disegno di legge sicuramente non può trovare, da parte del sottoscritto, un appoggio.

L'art. 48 del trattato della CEE stabilisce la libera circolazione dei lavoratori all'interno della comunità. La conseguenza più importante di tale principio è l'abolizione di ogni discriminazione fondata sulla nazionalità dei lavoratori degli stati membri per quanto riguarda l'impiego, la retribuzione e le altre condizioni di lavoro. Devo osservare in proposito che i titoli che devono possedere coloro che aspirano ad un posto presso un ente pubblico nella Provincia di Bolzano, i quali in possesso del patentino e la dichiarazione di appartenenza a uno dei tre gruppi linguistici, precludono di fatto ai cittadini comunitari e quindi anche a tutti i cittadini del nostro paese di poter concorrere in una situazione di parità con i cittadini della Provincia di Bolzano.

Le norme prevedono altresì il diritto di precedenza per i residenti della provincia autonoma di Bolzano nell'assunzione presso tutti gli enti pubblici che vi hanno sede. Praticamente il diritto di accedere ai posti presso pubbliche amministrazioni, enti pubblici, concessionari di pubblici servizi aventi sede in Alto Adige, è riservato nella

Provincia di Bolzano ai soli cittadini che risiedano in provincia e che abbiano avuto il tempo di conseguire il patentino.

Alla luce di quanto sopra, l'attuale sistema dell'applicazione della proporzionale è, come dicevo prima, destinato comunque a sparire o a subire delle profonde modificazioni in quanto è chiara l'incompatibilità esistente tra la disciplina della proporzionale etnica e il diritto comunitario.

La proporzionale etnica inoltre ha assunto una propria e vera valenza protezionistica nel mercato del lavoro locale ed ha eliminato la concorrenza dei lavoratori residenti fuori provincia. Tale protezionismo nel futuro rischia di impoverire sul piano culturale ed umano il territorio dell'Alto Adige che preclude allo stesso tutti quei vantaggi che provengono dalla libera circolazione degli uomini e delle idee. Cambiare pertanto, in questo momento, il sistema per il calcolo della proporzionale nelle assunzioni del personale dei comuni, loro consorzi ed aziende della provincia di Bolzano, significa arrecare un gravissimo danno al gruppo linguistico italiano ed accrescerne il disagio. Pertanto periodicamente ci tocca parlare di questo disagio, che bene o male anche se viene negato da parte degli amici dello SVP, esiste nel gruppo linguistico italiano.

In attesa quindi che tutta la problematica relativa all'applicazione della proporzionale venga ripensata e venga rivista alla luce delle norme comunitarie e di una nuova situazione socio-politica della Provincia di Bolzano chiedo che l'art. 2 del disegno di legge n. 114 venga soppresso e rimanga in vigore l'art. 62 nella legge regionale 4 gennaio 1993, n.1.

Per questo motivo ho presentato un emendamento soppressivo dell'art. 2.

Ovviamente ho presentato anche altri emendamenti nel caso in cui questo venisse respinto per poter eventualmente illustrare quale tipo di modifica e perché insisto che venga abrogato o modificato comunque l'art. 2 di questo disegno di legge.

Grazie.

PRÄSIDENT: Danke, der Antrag ist klar. Der Abgeordnete Benedikter hat das Wort. Bitte, Abgeordneter.

BENEDIKTER: Wieder einmal erleben wir wie ein gewisser Abgeordneter Ianieri sich den elementarsten Minderheitenschutzbestimmungen widersetzt, und zwar jetzt mit Berufung auf Europa. Es braucht die Minderheitenschutzbestimmungen nicht und alle müssen beschäftigt werden und der Proporz hat keinen Sinn mehr. Es gilt der europäische Schmelztiegel und wir müssen uns an Europa halten u.s.w.

Zuletzt hat die SVP in der Kommission was den Proporz auf die Etschwerke angewendet betrifft, für meinen Änderungsantrag gestimmt, und zwar im Sinne der Wiederherstellung des Regionalgesetzes vom 28. Mai 1990, Nr. 8. Die SVP und ich haben es damals auch selbstverständlich noch verfochten und ich war nicht mehr bei der SVP, aber ich habe es vorher verfochten, wo eben steht, daß bei den Etschwerken der Proporz angewendet werden muß bezogen auf die Bevölkerung, in deren Gebiet die Etschwerke tätig sind, wo sie versorgen. Die Etschwerke versorgen 19% der Fläche des Landes mit 49,5% der Bevölkerung Südtirols und damals ist, indem man den Proporz

auf die Fläche bezogen hat, wo die Etschwerke tätig sind, herausgekommen: 54% Deutsche und 46% Italiener. Das Gesetz ist in Kraft geblieben. Das Gesetz ist nicht angefochten worden von der Regierung und ist dann durch ein späteres Gesetz, bei dem die SVP zugestimmt hat, in dem Sinne abgeändert worden, daß nicht die Fläche mehr maßgebend ist, nicht die Gemeinden, die die Etschwerke versorgen, sondern nur die Gemeinden, denen die Etschwerke gehören und wo Kraftwerke der Etschwerke bestehen, so daß dann ein umgekehrtes Verhältnis herausgekommen ist, und zwar 56% Italiener, 43% Deutsche und 0,5% Ladin. Man hat also den Italienern dort nachgegeben -und jetzt komme ich zum Punkt, und zwar welcher Proporz angewandt werden soll, der Proporz des Eigentums. Kraftwerke der Etschwerke bestehen neben Bozen und Meran in Schnals, Naturns, Karneid. Da gibt es ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes, auf das wir uns berufen haben. Das Urteil des Verfassungsgerichtshofes und zwar zwei Urteile, die sich mit dem Proporz in der Stellenbesetzung der örtlichen öffentlichen Körperschaften befassen, und wenn das jetzt so beschlossen wird, wird es bestimmt nicht rückverwiesen, weil es genau diesen Urteilen entspricht. Ich bringe sie jetzt schnell, da gibt es das Urteil Nr. 12 vom 4. Juli 1956 und Nr. 289 vom 28. Juli 1997.

Beim letzten Urteil ging es um die Anwendbarkeit des Propozes auf die regionale Kreditanstalt Mediocredito. Gegen den Standpunkt des Ministerpräsidenten hat der Verfassungsgerichtshof der Region recht gegeben, daß der Proporz auf alle örtlichen öffentliche Körperschaften anwendbar ist mit Bezug auf die Tätigkeit der Körperschaft, d.h. ob diese Tätigkeit wie bei den Gebietskörperschaften das allgemeine Interesse der gesamten Bevölkerung betrifft oder nicht. Der Verfassungsgerichtshof hat bei der regionalen Kreditanstalt angenommen, daß deren Tätigkeit die gesamte Bevölkerung interessiert und er hat daher die Anwendung des Propozes mit Bezug auf die gesamte Bevölkerung gutgeheißen. Das gleiche muß um so mehr für die Elektrizitätsversorgung und das Verkehrswesen gelten, so daß die Bezugnahme nur auf die Gemeinden, die Eigentümer oder Standorte der Kraftwerke bzw. der Verkehrsmittel sind, verfassungswidrig ist.

Also, wenn wir das jetzt so beschließen wie es schon einmal als Gesetz von 1990 bis 1993 bestanden hat, entsprechen wir genau dem was der Verfassungsgerichtshof in zwei Urteilen ausgesprochen hat.

PRÄSIDENT: Der Abgeordnete Atz hat das Wort. Bitte

ATZ: Danke, Herr Präsident. Ich wollte eigentlich nur hier mitteilen, daß wir selbstverständlich gegen den Antrag des Kollegen Ianieri sein werden, daß wir für den Kommissionstext stimmen werden und vielleicht auch daran erinnern, daß wir diesen Punkt schon in das Gemeindegewahlgesetz einbauen wollten. Sie können sich erinnern, wir haben viele Monate an dem Gemeindegewahlgesetz gearbeitet und dann ist letztendlich die Abänderung nicht gelungen, weil über diesen Punkt keine Einigung gefunden werden konnte. Wir haben dann versucht, dieses Thema in die Gemeindeordnung einzubauen, die seitens der Kollegin Chiodi in der Zeit wie sie noch

zuständige Assessorin in der Region war vorgebracht worden ist. Sollte es uns heute gelingen, dann wären wir selbstverständlich sehr froh. Die SVP wird den Antrag Ianieri ablehnen und dem Antrag der Kommission zustimmen.

PRÄSIDENT: Wortmeldungen? Keine, damit schließe ich diesen Teil ab. Wir stimmen jetzt ab über den Abänderungsantrag Ianieri, diesen Streichungsantrag Ianieri. Wer mit dem Streichungsantrag einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Bitte zählen. Wer stimmt dagegen? 21 Gegenstimmen und wer enthält sich der Stimme? Niemand? Keine Enthaltungen? Bei 11 Ja-Stimmen und dem Rest Nein-Stimmen ist der Antrag abgelehnt.

Der nächste Abänderungsantrag immer Ianieri. Ich verlese ihn:

Le parole „con riferimento all’ambito territoriale in cui l’ente esplica la propria attività“ sono cancellate. Viene aggiunto il seguente punto „2) I posti nell’impiego pubblico dei comuni, loro consorzi o aziende anche di ordinamento autonomo nella provincia di Bolzano nonché negli enti pubblici ed i beni della regione sono ripartiti fra i tre gruppi linguistici come previsto dal comma 1 dell’articolo 62 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1“.

(interruzione)

PRÄSIDENT: Danke, Frau Abgeordnete Klotz. Ich verlese ihn jetzt auf deutsch: Die Worte „bezogen auf das Gebiet, in dem die Körperschaft ihre Tätigkeit ausübt“ werden gestrichen. Dafür wird folgender Absatz hinzugefügt: „2) Die zur öffentlichen Verwaltung gehörenden Stellen der Gemeinden, der Gemeindekonsortien und der gemeindeeigenen Betriebe auch mit autonomer Ordnung in der Provinz Bozen sowie der öffentlichen Körperschaften, die von der Region abhängig sind, werden unter den drei Sprachgruppen gemäß den Bestimmung in Artikel 62 Absatz 1 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993 aufgeteilt“. Unterzeichnet von Ianieri und anderen, die ich nicht lesen kann.

Abgeordneter Ianieri, bitte.

IANIERI: Grazie signor Presidente, era quasi prevedibile. Purtroppo, ancora una volta dobbiamo dipendere dal voto degli amici di Trento che per strani accordi di maggioranza non prendono in considerazione quelli che sono i problemi della comunità linguistica italiana dell’Alto Adige.

Ho presentato un emendamento modificativo dove chiedo che le parole, virgola compresa, “con riferimento all’ambito territoriale di cui l’ente esplica la propria attività” venga così modificato: La virgola diventa un punto e poi c’è un secondo periodo “I posti nell’impiego pubblico dei comuni, i loro consorzi o aziende anche ad ordinamento autonomo della Provincia di Bolzano, nonché degli enti pubblici dipendenti dalla Regione, sono ripartiti fra i tre gruppi linguistici come previsto dal comma 1 dell’art. 62 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1” che praticamente recita: “I posti dei ruoli o degli organici comunque denominati del personale dei comuni, i loro consorzi o aziende

della Provincia di Bolzano, nonché degli enti pubblici dipendenti dalla Regione o il cui ordinamento rientra nella sua competenza legislativa, anche delegati a relative aziende anche ad ordinamento autonomo in provincia di Bolzano, considerati per gruppi di qualifiche funzionali o per categorie secondo il titolo di studio prescritto per accedervi, sono riservati ai cittadini appartenenti a ciascuno dei tre gruppi linguistici in rapporto alla consistenza dei gruppi stessi, quali risulta dalla dichiarazione di appartenenza resa nell'ultimo censimento ufficiale della popolazione con riferimento all'ambito territoriale rispettivamente del singolo comune per i comuni, del comune o dei comuni proprietari e per le aziende dell'insieme dei singoli comuni per i consorzi costituiti dai comuni.”.

Il capogruppo dello SVP ci ha ricordato che per mesi loro hanno lavorato nel tentativo di modificare questa norma. Io dico che loro hanno lavorato per anni, e non per mesi. Non a caso ho ricordato che il primo emendamento venne presentato con il disegno di legge n. 54, del 1995. Siamo arrivati al 1998. Fino ad oggi anche grazie al contributo dei colleghi consiglieri del Trentino che avevano capito la portata di questo emendamento il Consiglio si era opposto a questo tentativo, oggi purtroppo pare che la questione si stia rovesciando.

Spero, con questi emendamenti, di riuscire a rettificare la portata di questo emendamento perché fatto poi questo tentativo e portato in porto durante l'apertura della campagna elettorale, lascio immaginare a voi le conseguenze. E' un tentativo che comunque rifiuto, voglio sperare che l'intero Consiglio rinsavisca perché nel passato hanno tenuto debitamente conto anche i colleghi trentini della portata devastante di questo emendamento per il gruppo linguistico italiano che solo in questo caso specifico hanno una maggioranza di rappresentanza per poter accedere ad un lavoro. In tutti gli altri casi siamo in netta minoranza. Solo in questo caso dove abbiamo una piccola percentuale a nostro favore, ebbene questa ci viene contestata. I tentativi che sono stati perpetrati fino ad ora dallo SVP, con scarso successo, oggi si accodano all'emendamento del collega Benedikter. Ovviamente vi deve essere stato un accordo.

Cercare in tutti i modi, specialmente con l'apertura della campagna elettorale, di far approvare siffatto emendamento, vi lascio immaginare le conseguenze e cosa succederà durante la campagna elettorale in merito a tale questione.

Quale potrà essere il ringraziamento che il gruppo linguistico italiano potrà rivolgere ai cugini trentini che fino ad oggi, l'ho detto in centomila modi, avreste dovuto rappresentarci, avreste dovuto tutelare i nostri interessi, non ci avete rappresentato, non avete tutelato i nostri interessi ma ogni occasione è stata buona per pugnarci alle spalle. Questo continuo a dirlo. Lo dirò fortemente in campagna elettorale, verrò a dirlo anche a Trento perché si rendano conto gli elettori della portata di questo emendamento e di cosa voi avete fatto in tutti questi anni in Giunta regionale. Avete usurpato il posto di un assessore di lingua italiana che spettava in Regione per dei baratti che ci sono stati all'inizio di legislatura. Vi eravate impegnati a rappresentarci, a tutelarci, tutto avete fatto meno che questo. Di questo ne dovete rendere conto. Se avete letto il libro di Macchiavelli "Il principe", dovrete sapere che purtroppo non si tiene conto degli errori del passato, non si tiene conto dell'esperienza e purtroppo gli interessi personalistici sono quelli che predominano sull'interesse della collettività

Vi chiedo di votare almeno questo emendamento per bloccare la portata dell'emendamento così come è stato presentato dal collega Benedikter.

PRÄSIDENT: Danke, Abgeordneter Ianieri. Der Abgeordnete Holzmann hat das Wort.

HOLZMANN: Grazie signor Presidente. Si tratta di una vecchia questione ed in particolar modo sollevata a suo tempo dallo SVP che tende a mettere in difficoltà il gruppo linguistico italiano nella ripartizione dei posti di alcuni enti, in particolare l'azienda elettrica consorziale.

Già nella scorsa legislatura abbiamo avuto modo di occuparci di questo tema ed abbiamo evitato il rischio concreto che attraverso una forzatura legislativa si mettesse mano ad un meccanismo delicato, quello della proporzionale tra i gruppi linguistici nell'assegnazione dei posti al pubblico impiego, criterio per altro discutibile ma dal momento che c'è, pretendiamo che venga rispettato non in maniera furbesca ma secondo dei criteri di carattere generale.

Ora prevedere, per enti erogatori di energia elettrica, che il bacino di utenza conti ai fini del conteggio della proporzionale significa alterare artificiosamente il meccanismo squilibrandolo a sfavore del gruppo linguistico italiano.

Nella scorsa legislatura noi avevamo calcolato un centinaio di posti che si sarebbero persi nel gruppo linguistico italiano attraverso la presentazione della legge, quella volta, per iniziativa dello SVP.

In questa legislatura, per altro, si era già tentato di farlo, salvo poi la legge si è arenata e quindi per il momento il pericolo sembrava scongiurato. Siamo ormai all'epilogo di questa legislatura e ci dispiace doverci misurare ancora con proposte di siffatta natura. Si tratta di proposte ingiuste che vanno contro gli interessi del gruppo linguistico italiano che, come ha giustamente ricordato il collega Ianieri, non è rappresentato in Giunta provinciale, rappresenta una forza minoritaria in questo Consiglio, 10 sono i consiglieri di lingua italiana dell'Alto Adige, una forza che non è rappresentata nella Giunta regionale, non è rappresentata nell'Ufficio di Presidenza del Consiglio regionale e che quindi è costretta a starsene ai margini ad attendere gli eventi.

Se gli eventi sono questi evidentemente abbiamo una certa preoccupazione, per altro fondata, che gli interessi della comunità di lingua italiana dell'Alto Adige siano stati disattesi ancora una volta.

Siamo fortemente preoccupati di questa situazione e esprimiamo, ancora una volta, la nostra preoccupazione circa anche i rapporti fra i gruppi linguistici in provincia di Bolzano, là dove si tentano forzature legislative di questo tipo che vanno contro lo spirito di pacifica convivenza, spirito di sovente richiamato a cui si rifanno gli oratori, che si susseguono da queste tribune ma anche al di fuori.

Adesso, quando entreremo nel vivo della campagna elettorale, tutti parleranno di pacifica convivenza ma questa si costruisce con i fatti e non con le parole. Non si può richiamarsi al gruppo linguistico italiano, come qualche partito di lingua tedesca vorrebbe fare attraverso addirittura una campagna informativa in migliaia di copie alle famiglie di lingua italiana per far capire i vantaggi dell'autonomia e poi per cinque anni

dimenticarsi che esiste una comunità di lingua italiana dell'Alto Adige. Dimenticarsi che ha le sue necessità, che ha le sue esigenze e che ha i suoi bisogni che non hanno ancora trovato risposta. Siamo in presenza di un atteggiamento arrogante ed aggressivo e che non tiene in nessun conto l'esigenza e l'attesa di una parte comunque minoritaria, ma non certamente irrilevante della nostra popolazione della provincia di Bolzano. Ecco perché abbiamo sottoscritto l'emendamento del collega Ianieri, ecco perché, ancora una volta, facciamo un richiamo alla coscienza dei colleghi consiglieri perché venga approvato quanto meno questo emendamento.

PRÄSIDENT: Danke. Der Abgeordnete Taverna hat das Wort.

TAVERNA: Grazie signor Presidente. Non intendo aggiungere nulla rispetto a quello che è stato, in modo convincente, detto dal collega Holzmann, a proposito dell'emendamento presentato dal collega Ianieri, sottoscritto all'unanimità dal nostro gruppo perché riteniamo che le spiegazioni e le motivazioni sono state ampiamente motivate.

Il mio intervento è svolto soprattutto in qualità di consigliere regionale di Alleanza Nazionale eletto nel collegio di Trento. Perché, collega Ianieri, è vero che la responsabilità dell'approvazione di simili proposte dipende soprattutto nel contesto dell'assemblea regionale di una sostanziale convivenza da parte di molti consiglieri eletti nel collegio di Trento. Ma a questo riguardo è opportuno dichiarare che questa adesione subita o voluta da parte dei colleghi, eletti nel collegio di Trento, è ampiamente riferita a quelle forze politiche che hanno sottoscritto accordi con lo SVP e da parte di chi invece, per ignavia o per disinteresse, non comprende che le ragioni del gruppo linguistico italiano in Alto Adige non possono che trovare anche l'adesione dei colleghi eletti nel collegio di Trento alla condizione che questi colleghi sappiano di che cosa si stia parlando e alla condizione che quei colleghi si ribellino alle imposizioni di ragioni di stato proprie per gli accordi intervenuti tra le forze politiche.

Dico questo perché vi sono responsabilità politiche da parte degli ex democristiani, comunque in questo momento si siano orientati e siano presenti in quest'Aula come è evidente, a questo riguardo, ci sia connivenza da parte del PATT che in questa circostanza si comporta da servo dello SVP, questa è la realtà.

Il mio intervento viene motivato esclusivamente per queste ragioni. A questo riguardo hanno fatto bene i colleghi Ianieri ed Holzmann a sollecitare una presa di responsabilità da parte dei colleghi consiglieri regionali eletti nel collegio di Trento perché se questa assunzione di responsabilità non venisse presa nel momento in cui noi andremo a votare questa norma, evidentemente noi ancora una volta dovremmo segnalare un tradimento da parte dei consiglieri eletti nel collegio di Trento a tutto danno del gruppo linguistico italiano presente in Alto Adige. Questa è la realtà politica sostanziale che emerge da questa situazione, che giudico estremamente grave, deprecabile e sulla quale il sottoscritto, in quanto eletto nel collegio di Trento, intende rivendicare proprio per il suo rapporto di militanza nei confronti di Alleanza Nazionale questa necessità di salvaguardare un principio che non intendiamo valido; ma dal momento che il principio

della proporzionale, per quanto riguarda l'assunzione dei dipendenti negli enti pubblici debba essere rispettata e non può essere mortificata o comunque condizionata o, peggio ancora, mistificata attraverso una lettura di questa natura di una norma che tende anche, sotto un profilo formale e sostanziale, intervenire nella questione del principio per fare in modo che questa proporzionale sia letta ancora, a maggior svantaggio della collettività di lingua italiana presente in Alto Adige.

PRÄSIDENT: Danke. Der Abgeordnete Minniti hat das Wort.

(interruzione)

PRÄSIDENT: Es geht schon gut, dann machen wir morgen weiter. Ich möchte nur all jene, die am Vormittag nicht da waren, daran erinnern, daß wir heute beschlossen haben, den Sitzungskalender zu reduzieren und daß wir die Arbeiten am 14. Oktober um 18.00 Uhr abschließen. Ich werde mir dann erlauben, im Anschluß daran zu einer kleinen Feier einzuladen, das nehme ich gleich vorweg. Der 15. und 16. Oktober fallen dann aus.

Ich möchte allerdings die Abgeordneten aus Südtirol aufmerksam machen, daß bereits das Landtagspräsidium von Bozen nachgefragt hat und die Absicht hat, Sitzungen abzuhalten. Der Regionalrat schließt auf jeden Fall seine Arbeiten am Mittwoch den 16. Oktober um 18.00 Uhr und was wir bis dahin schaffen, schaffen wir und nach uns wird es dann noch einen Regionalrat geben und der hat sicherlich noch einiges zu erledigen. Damit ist die Sitzung für heute abgeschlossen und wir sehen uns morgen um 10.00 Uhr. Danke.

(ore 17.57)

INDICE

Disegno di legge n. 86, Modifiche alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 “Nuovo ordinamento dei Comuni della Regione Trentino-Alto Adige” (rinviato dal Governo)

pag. 4

Disegno di legge n. 114, Norme transitorie in materia di individuazione dei responsabili dei servizi nei comuni della Regione Trentino-Alto Adige (presentato dalla Giunta regionale)

pag. 4

Interrogazioni e interpellanze

pag.47

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 86, Änderungen zum Regionalgesetz vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 „Neue Gemeindeordnung der Region Trentino-Südtirol“ (von der Regierung rückverwiesen);

Seite 4

Gesetzentwurf Nr. 114, Übergangsbestimmungen betreffend die Bestimmung der Verantwortlichen für die Dienste in den Gemeinden der Region Trentino-Südtirol (eingebracht vom Regionalausschuß)

Seite 4

Anfragen und Interpellationen

Seite 47

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

GRANDI Tarcisio <i>(Gruppo Popolari Italiani)</i>	pag.	5-19-22-25
ATZ Roland <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	6-41
BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	9-20-23-28-36-40
ZENDRON Alessandra <i>(Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)</i>	"	13-18-21-29-31
CHIODI-WINKLER Wanda <i>(Gruppo D.S. del Trentino)</i>	"	14-33
KLOTZ Eva <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	17-18-22
WILLEIT Carlo <i>(Gruppo Ladins - Autonomia Trentino Integrale)</i>	"	25-26-29
BINELLI Eugenio <i>(Gruppo Partito Autonomista Trentino Tirolese)</i>	"	32
TAVERNA Claudio <i>(Gruppo Alleanza Nazionale)</i>	"	34-45
IANIERI Franco <i>(Gruppo Misto)</i>	"	38-42
HOLZMANN Giorgio <i>(Gruppo Alleanza Nazionale)</i>	"	44